pro zukunft

30. Jahrgang 2016 | 2,3

DER NAVIGATOR DURCH DIE AKTUELLEN ZUKUNFTSPUBLIKATIONEN

Editorial

Nur was sich ändert, hat Bestand

In vielleicht gar nicht ferner Zukunft könnte die jüngst erfolgte Wahl Alexander Van der Bellens zum österreichischen Bundespräsidenten – das aktuelle Ergebnis sei als bestätigt angenommen – eine grundlegende Veränderung der politischen Kultur in diesem Land (mit Auswirkungen auch auf Europa) markieren. Dort, wo das Kräftespiel ehemals staatstragender Parteien zunehmend Zeichen der Erschöpfung, nicht selten auch der Erosion erkennen lässt, drängen – für viele irritierend – neue Akteure in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzung. Es ist trotz aller auch zur Sorge Anlass gebenden Begleiterscheinungen ermutigend, dass Österreich (so wie es aussieht) zum „Realexperiment" für eine neue politische Kultur werden könnte. Der gemeinsame und konzentrierte Blick auf das Wesentliche könnte – an dieser Stelle wurden in der Tradition von Robert Jungk immer wieder auch optimistische Positionen vertreten – jenen Kräften genügend Schubkraft geben, die spät aber doch bereit sind, die Komfortzone des Status quo zu verlassen und Schritte zu setzen, die bei einer signifikanten Mehrheit der Bevölkerung wiederum Zuversicht und Vertrauen in das Projekt einer umfassend verantwortlichen Entwicklung jenseits nationalistischer Nabelschau verfestigen. Neben zielstrebig konzipierten und auch umgesetzten Reformen wird dabei die substanzielle Mitwirkung der BürgerInnen, wie sie zuletzt im Sinne einer neu zu etablierenden „Konsultative" vorgeschlagen wurde, mit in den Blick zu nehmen sein.[1] Dies alles zusammengenommen käme einer grundlegenden Neuorientierung der politischen Kultur gleich.

30 Jahre Robert-Jungk-Bibliothek

Der Kontinuität des Wandels zollt mit dieser Ausgabe auch *pro Zukunft* Tribut. Wir laden Sie, geschätzte/r LeserIn ein, mit uns zurück-, vor allem aber vorauszublicken: Dieser Ausgabe beigefügt ist eine Sonderbeilage, mit der wir die von Beginn an spannende, immer wieder auch turbulente, letztlich aber – wie wir meinen – erfolgreiche Geschichte der JBZ in wesentlichen Momenten Revue passieren lassen. Besonders danken wir FreundInnen und WeggefährtInnen, die uns in knapp bemessenen Zeilen mitgeteilt haben, weshalb ihnen Robert Jungk und unsere Arbeit von Belang und wertvoll sind. Diese Zeichen der Wertschätzung sind ermutigend und wirken weiter!

Offen gestanden: Auch wir sind (ohne jeden Anflug von Selbstgefälligkeit) überrascht, auf wie vielfältige Weise es uns möglich war, Zukunft in den vergangenen 30 Jah-

Highlights

Wohin des Wegs, Europa?
40 Herfried Münkler: Macht in der Mitte
41 Thomas Roithner: Schöne Götterfunken?
42 Perry Anderson: Das italienische Desaster

Weitere Highlights
47 Nicholas Shaxson: Schatzinseln
57 Frank Niessen: Entmachtet die Ökonomen
61 David Graeber: Bürokratie
64 John Roberts: Die Notwendigkeit von Irrtümern
66 Einblicke, Ausblicke, Weitblicke. Hg. Reinhold Popp
67 Reinhold Popp: Zukunftswissenschaft & Zukunftsforschung

Jubiläumsbeilage
30 Jahre JBZ
30 Jahre *pro Zukunft*

Magazin | Termine | News | Zukunft bunt

ren in den Blick zu nehmen. Von dem von Henning Mankell eingeforderten „Menschenrecht, nach dem Sinn des Lebens zu suchen (…)“[2], haben wir in besonderem Maße Gebrauch machen dürfen!

Nicht weniger als 75 Mal durfte ich an dieser Stelle, ausgehend meist von aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen, Einschätzungen zu unterschiedlichsten Zukunftsfragen darlegen und selbst auch Vorschläge unterbreiten, wie den zentralen Herausforderungen unserer Zeit bedachtsam und entschlossen begegnet werden könnte. Diese konzentrierten Beiträge, die meist auch einen Blick auf die wesentlichen hier verhandelten Themen enthielten, waren mir stets besonders wichtig – ein Stück weit Markenzeichen unseres zukunftsbezogenen Engagements.

Nun, zur Mitte dieses Jahres, ist es an der Zeit, nicht nur diese schöne, auch herausfordernde Aufgabe, sondern mit ihr auch die Leitung der JBZ weiterzugeben. Mit 1. Juli 2016 wird Stefan Wally, der seit 2009 ganz wesentlich zur Entwicklung der JBZ beigetragen hat, und dem ich mich besonders verbunden fühle, die Geschäftsführung übernehmen. Eine bessere Wahl hätten wir – in unserer Entscheidung eigenständig und zugleich bestmöglich unterstützt – nicht treffen können. Allen, die unsere Arbeit mit einem Höchstmaß an Vertrauen und Wertschätzung begleitet und uns dabei immer wieder darin bestärkt haben, neue Wege zu gehen, sei an dieser Stelle besonders gedankt. Sie, geschätzte Leserin, geschätzter Leser von *pro Zukunft*, haben uns dabei die Treue gehalten.

Die JBZ hat sich, wie ein Blick in die Chronik belegt, in ihrer jungen Geschichte kontinuierlich gewandelt. Die Bereitschaft zu weiteren, sorgfältig erwogenen Neuerungen – angedacht ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Universität Salzburg sowie mit dem Land Salzburg im Rahmen der Klima- und Energiestrategie SALZBURG 2050 – ist neben der Weiterführung bewährter Formate wohl die beste Voraussetzung dafür, dass Zukunftsthemen an diesem Ort weiterhin kompetent, verantwortungsvoll und umfassend aufbereitet und erörtert werden. Ich freue mich darauf, die Entwicklung unserer Bibliothek weiter zu begleiten.[3]

Eine erkenntnis- und auch folgenreiche Lektüre wünscht

Ihr

w.spielmann@salzburg.at

---

1) *Nanz, Patrizia ; Leggewie, Claus:* ***Die Konsultative.*** *Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin: Wagenbach, 2016.109 S., € 9,90 [D], 10,20 [A]*
ISBN 978-3-8031-2749-5
Eine ausführliche Besprechung finden Sie auf Seite 17.

2) *Vgl. Mankell, Henning:* ***Treibsand.*** *Was es heißt, ein Mensch zu sein. Wien: Zsolnay, 2014. S. 252*

3) Mit dieser Ausgabe, der Nummer 2,3/2016 ändern wir, den Usancen anderer Periodika folgend, die Zählung unserer Zeitschrift. Nach der zu Ende des 3. Quartals 2016 folgenden Ausgabe 4, wird zu Ende des Jahres die Ausgabe 1/2017 einen wiederum umfassenden Blick auf aktuelle Zukunftspublikationen bieten.

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber:
Robert-Jungk-Bibliothek
für Zukunftsfragen

Für den Inhalt verantwortlich:
Robert-Jungk-Bibliothek
für Zukunftsfragen
Geschäftsführung: Dr. Walter Spielmann

Redaktion:
Dr. Alfred Auer (A.A.)
Mag. Hans Holzinger (H. H.)
Dr. Walter Spielmann (W.Sp.)
Mag. MAS Stefan Wally (S. W.)

Gesamtherstellung / Verlag:
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
Strubergasse 18/2, A-5020 Salzburg
Telefon: +43(0)662 / 873 206
E-Mail: jungk-bibliothek@salzburg.at
Internet: http://www.jungk-bibliothek.at

PRO ZUKUNFT
erscheint 4 Mal pro Jahr.
Preis des Einzelheftes: € 7,-
Abonnement (pro Jahr): € 25,– zzgl. Porto
Versandkosten: € 5,- (Europa)
Ältere Hefte: € 3,- zzgl. Porto

Preise für außereuropäisches Ausland auf Anfrage.

Bestellungen:
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
Strubergasse 18/2, A-5020 Salzburg
Tel. +43(0)662 / 873 206

Zahlungen erbeten an:
Verein der Freunde und Förderer der
Robert-Jungk-Stiftung,
Salzburger Landes-Hypothekenbank
IBAN: AT415500000002388885
BIC/SWIFT: SLHYAT2S

PRO ZUKUNFT kann im Abonnement oder als Einzelheft im Buchhandel und direkt bei der JBZ bestellt werden. Zahlungen bitte erst nach Erhalt der Rechnung.

Abbestellungen bitte bis spätestens 8 Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements. Erfolgt keine Abbestellung, verlängert sich das Abonnement automatisch.

Offenlegung der grundlegenden Richtung des periodischen Mediums § 25 Abs 4 MedienG:

Pro ZUKUNFT ist die Zeitschrift der Internationalen Bibliothek für Zukunftsfragen / Robert-Jungk-Stiftung. Vier Mal pro Jahr stellt sie Publikationen aus dem Bereich der Zukunfts- und Trendforschung vor und informiert interdisziplinär über neue zukunftsrelevante Publikationen (Sachbücher, Graues Material und Beiträge in Neuen Medien).

PRO ZUKUNFT *wird auf chlorfrei gebleichtem Offset-Papier gedruckt.*

ISSN 1011-0089

Die nächste Ausgabe von *Pro Zukunft* erscheint im September 2016

I n h a l t

NAVIGATOR

Europa
Wohin des Wegs, Europa? 4

Der "Friedensnobelpreisträger " EU steht vor großen Herausforderungen. Wie kann es weitergehen mit dem europäischen Projekt? Kann es gelingen, den Abstieg des Kontinents zum verhindern? Einblicke in die aktuelle Stimmungslage und die Schwierigkeiten, denen sich Europa gegenüber sieht, vermittelt *Alfred Auer* anhand einiger aktueller Publikationen.

Finanzpolitik
Geldpolitik als Machtpolitik? 8

Es hätte nicht der „Panama-Papers" bedurft um zu erkennen, dass vieles an der gegenwärtigen Finanzordnung nicht mit rechten Dingen zugeht. Die Steuerhinterziehung durch Unternehmen und Private oder die leidigen Bankenrettungspakete, die zwar Gläubiger beruhigen, die Steuerzahler aber zur Kasse bitten, gelten als zentrale Kritikpunkte. *Hans Holzinger* hat sich einschlägige Publikationen angesehen.

Geld
Ein anderes Geld? 12

Spätestens mit der Finanzkrise 2007 ist das Thema „Geld" auch in den Fokus der Fachliteratur gerückt. Grund genug, nach einem ersten Schwerpunkt „Geld und Schuld" (s. PZ 4/2013), sich nochmals der Frage anzunehmen. *Hans Holzinger* gibt Einblicke in aktuelle Publikationen, die über Analysen hinaus teilweise weitgehende Vorschläge für ein „anderes Geld" unterbreiten.

Kapitalismuskritik
Vordenker 13

Slavoy Zizek und David Graeber sind zwei der zur Zeit am meisten diskutierten Denker. Mit ihren neuen Büchern sorgen sie erneut für Aufmerksamkeit. *Stefan Wally* stellt die Kernargumente aus den beiden Bücher vor.

Philosophie
Total perfekt 15

Unsere Art zu arbeiten, zu handeln, zu leben scheint alternativlos. Jetzt machen wir auch noch den Menschen perfekt, dann muss man darüber auch nicht mehr reden. *Stefan Wally* hat vier Bücher gelesen, in denen das nicht so toll gefunden wird.

Partizipation
Die vierte Gewalt 17

Mit dem Plädoyer für eine Weiterentwicklung der Demokratie hat sich *Alfred Auer* beschäftigt.

Zukunftsforschung
Ein konzentrierter Blick voraus 18

Vier in jeder Hinsicht gewichtige Publikationen, für die Reinhold Popp maßgeblich verantwortlich zeichnet, hat sich *Walter Spielmann* angesehen.

MAGAZIN

News, Zukunft bunt, Termine 19

RUBRIKEN

Editorial / Impressum 1/2
Register / Inserat 20

Jubiläumsbeilage

NAVIGATOR

Wohin des Wegs, Europa?

Steht Europa vor dem Zerfall in die Kleinstaaterei oder gehört unserem Kontinent die Zukunft? Wie kann es weitergehen mit dem europäischen Projekt? Sind die fortschreitende Integration und die Bewahrung einer substanziellen Demokratie überhaupt miteinander vereinbar? Fragen über Fragen, denen sich der „Friedensnobelpreisträger" EU stellen muss, wenn es gelingen soll, den Abstieg des Kontinents zu verhindern. Einblicke in die aktuelle Stimmungslage und die Schwierigkeiten, denen sich Europa gegenüber sieht, vermittelt *Alfred Auer* anhand einiger aktueller Publikationen.

Das Projekt Europa

Die publizistischen Interventionen in sieben Kapiteln des emeritierten Professors für Politische Wissenschaften, *Peter Graf Kielmansegg*, machen deutlich, dass das europäische Projekt in vielerlei Hinsicht der kritischen Begleitung bedarf. Wie fragil die Grundlagen dieses Konstrukts sind, sieht man im Streit über eine gemeinsame Flüchtlingspolitik.

Zunächst benennt der Autor neben einigen Erfolgen auch die Schwachstellen des Projekts. Auf der Aktivseite stehen die Friedenssicherung und die Wohlstandsmehrung, wobei letztere nach der Finanzkrise durchaus ambivalent zu betrachten sei, so Kielmansegg. Dem stehen gleich vier Passivposten gegenüber. Der EU sei es bisher nicht gelungen, die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln nach außen zu entwickeln. „Mehr Europa" als Antwort auf die Krise der Währungsunion würde mitnichten einen Zuwachs an Handlungsfähigkeit nach außen bedeuten. „Das ist für eine Föderation von Nationalstaaten mit hoch entwickelter, historisch tief verwurzelter, im Bewusstsein ihrer Bürger festverankerter Eigenständigkeit alles andere als eine vernünftige Entwicklung." (S. 23) Die zweite Schwachstelle sei das fehlende Subsidiaritätsprinzip. Dieses spiele in der Verfassungswirklichkeit kaum eine Rolle. Zudem bleibt der Versuch einer genaueren Zuweisung der Zuständigkeiten sehr vage. Der dritte Passivposten ist, dass die Erweiterung (mit Kroatien sind es inzwischen 28 Mitglieder, 35 sind im Visier) die Aussichten auf ein stärkeres Zusammenwachsen grundlegend geschwächt habe. Eine mögliche Antwort darauf wäre nach Ansicht des Autors eine gestufte Integration. Schließlich müssten bestimmte Kosten der Finanzkrise in der Bilanz negativ verbucht werden. „Die Staatengemeinschaft der EU hat sich in ihrem Kampf gegen die Staatsschuldenkrise angesichts der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten entschlossen, die geltende Vertragsverfassung in wesentlichen Punkten zu ignorieren." (S. 28) Die unmittelbaren Akte der Nothilfe wurden in der Krise regelmäßig als „alternativlos" präsentiert. Gerade diese „Relativierung des Rechts" (S. 29) macht dem Professor Sorgen, denn die Verlässlichkeit der gemeinsamen Regeln sei die „Voraussetzung für die Bereitschaft, sich auf das europäische Projekt weiter einzulassen" (S. 29).

Bei der Frage, ob die EU „Grenzen" brauche, geht es nach Ansicht Kielmanseggs vor allem darum, ob diese letztlich gewünscht werden. Eben diese Frage hätte man viel früher stellen und beantworten müssen (vgl. S. 44f.). Schließlich geht es um Demokratie und Integration, zwei für die Identität Europas konstitutive Projekte (vgl. S. 10). Der Autor schätzt die Chancen für eine demokratische Verfassung skeptisch ein, vor allem, weil die gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen dafür nicht vorlägen.

Den Schlusspunkt setzt ein Beitrag, der die Frage aufwirft, wie es mit dem Einigungswerk weitergehen kann? Kielmansegg meint dazu, dass letztlich ein „blindes Vorwärtsdrängen" im Integrationsprozess dem europäischen Projekt mehr schaden kann als Zögerlichkeit (S. 113). Erschwert würde der Einigungsprozess auch dadurch, dass sich die EU auf eine strikte Pfadbindung festgelegt habe und Kurskorrekturen nicht vorgesehen seien. Eine solche Politik müsste aber, was Etappen wie Ziele angeht, sowohl anspruchsvoller als auch bescheidener werden. „Bescheidener, indem sie die Einsicht akzeptiert, dass eine Staatswerdung Europas weder wünschenswert noch möglich ist. Anspruchsvoller, indem sie auch gegen Widerstände Ernst macht mit der Unterscheidung des Wesentlichen vom Unwesentlichen und ihre Kräfte ganz anders als bisher auf das Wesentliche konzentriert." (S. 32) Wesentlich wäre eine Bündelung der Kräfte auf der Weltbühne, denn bisher führe jede internationale Krise Europa seine Schwäche, ja Hilflosigkeit drastisch vor Augen. Es sei alles andere als zufällig, dass US-

„Aber nie gab es einen Zweifel daran, dass das werdende politische Europa ein regionales Projekt sei, das Schritt für Schritt in seine endgültigen Grenzen hineinwachse." (P. G. Kielmansegg in , S. 35)

Präsident Obama im Zuge seines jüngsten Deutschland-Besuchs die europäischen Staaten zu mehr Einigkeit und Engagement aufgefordert habe: „Die gesamte Welt braucht ein starkes, erfolgreiches, demokratisches und vereintes Europa“, so Obama in seiner Rede am 24. April in Hannover (vgl. *http://iptv.orf.at/#/stories/2336565/*). **Europa**

39 *Kielmansegg, Peter Graf:* ***Wohin des Wegs, Europa?*** *Beiträge zu einer überfälligen Debatte. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2015. 162 S., € 29,- [D], 29,90 [A] ; ISBN 978-3-8487-1966-2*

Deutschland in Europa

Die Wertschätzung Europas durch seine Bürger lässt bekanntlich zu wünschen übrig. Man wird sehen, wie das Referendum in Großbritannien ausgeht und wie es mit dem Drama Griechenland weitergeht. Offen ist nach wie vor, wie Europa die Flüchtlingskrise bewältigen wird. Von all diesen Unwägbarkeiten einmal abgesehen, ist und bleibt das ursprüngliche Ziel der „Vereinten Staaten von Europa“ wohl unerreichbar, denn die Fliehkräfte innerhalb des Staatenbundes sind überaus mächtig. Der Politikwissenschaftler *Herfried Münkler* sieht dies nüchtern und trifft da wohl den Kern des Themas, wenn er darauf hinweist, dass sich die Suche nach einer spezifischen europäischen Identität erledigt hat. Gleichzeitig meint er aber, dass nur eine „Macht in der Mitte“ die zentrifugalen Kräfte Europas einigermaßen in Zaum halten könne. Für den Autor ist Deutschland diese „Macht in der Mitte“. Deshalb fordert er, wie zahlreiche Autoren vor ihm (vgl. PZ 2/2014, S. 20ff.), dass Deutschland wieder mehr Verantwortung in Europa übernehmen müsse.

Die Notwendigkeit für die Entstehung einer solchen Macht sieht Münkler primär in der Osterweiterung der EU und in der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der Länder des Südens. Zudem habe die Krise der Währungsunion der Bundesrepublik die oft kritisierte Führungsrolle im europäischen Staatenverbund beschert. Nicht zuletzt sei Deutschland nach dem Rückzug der Amerikaner auch zu einer geopolitischen Macht aufgestiegen.

Im Laufe seiner Analyse mit historischen, geo- und machtpolitischen Bezügen kommen dem Autor dann doch Zweifel, ob Deutschland überhaupt für die Position geeignet ist oder ob man sich nicht besser, wie „in der Vergangenheit leidlich erfolgreich praktiziert“ auf ein „leading from behind“ beschränken sollte (vgl. S. 174). Er gibt auch zu bedenken, dass die Mitte keine Position ist, „in der man sich dauerhaft aufs Konsumieren der günstigen Lage im Raum und der glücklichen Umstände in der Zeit verlegen kann, sondern in der man unausgesetzt in die Aufrechterhaltung dieser Rahmenbedingungen investieren muss“ (S. 9). Zusammenfassend glaubt er jedoch, dass Europa mit Deutschland ein Zentrum gefunden hat, das seine ökonomische, politische und kulturelle Macht besonnen einsetzen werde.

Ob Europa eine hier angedachte Führungsmacht braucht, ist angesichts der budgetären Schieflagen zwischen Nord und Süd, Ost und West sowie der historischen Zusammenhänge durchaus diskussionswürdig. Besser beraten wäre Europa wohl, am Ausbau eines föderalen Staatenbundes zu arbeiten. **Europa**

40 *Münkler, Herfried:* ***Macht in der Mitte.*** *Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa. Hamburg: ed. Körber-Stiftung, 2015. 203 S., € 18,- [D], 18,50 [A] ISBN 978-3-98684-165-0*

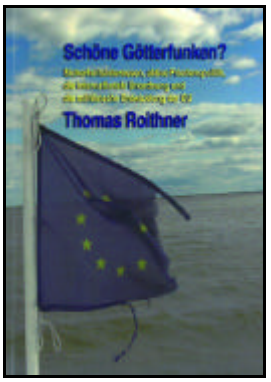
Schöne Götterfunken?

Die EU kämpft neben der Finanz- und Flüchtlingskrise auch sicherheitspolitisch und militärisch an mehreren Fronten. Die gemeinsame Außenpolitik der EU-28 offenbart die traurige Wahrheit der Uneinigkeit und Handlungsunfähigkeit. Die hier publizierten Beiträge sind alle im ersten Halbjahr 2015 auf nzz.at - dem österreichischen Online-Medium der Neuen Zürcher Zeitung - erschienen. Die Kommentare beschäftigen sich großteils mit der Außen- und Sicherheitspolitik der EU und damit, wie ist es um die Erneuerung der EU-Sicherheitsstrategie bestellt ist. Auch die Frage interessiert, wohin die Militarisierung der Migrationspolitik führen wird.

Der Politikwissenschaftler und Friedensforscher *Thomas Roithner* macht u. a. deutlich, warum die EU eine Friedensstrategie braucht. „Wer Frieden will, soll nicht militärische Sicherheit und Interventionismus predigen - und aufhören, politische Blankoschecks auszustellen.“ (S. 36) Zur Weiterentwicklung der zivilen Krisenprävention und des zivilen Krisenmanagements schlägt er folgendes vor: „In einem zivilen Kerneuropa könnten Staaten und nichtstaatliche Akteure an einem ausgewogeneren Einsatzkräftepool zwischen Zivilem und Militärischem arbeiten.“ (S. 28) Mit Blick auf die oben angesprochene „Macht der Mitte“ meint Roithner, dass sich angesichts der weitgehend passiven oder isolationistischen Haltung vieler EU-Staaten ein Kerneuropa der „europapolitischen Bankrotterklärung“ (S. 34) generiere.

Scharf kritisiert Roithner schließlich die von Jean-Claude Juncker geforderte EU-Armee, mit der dieser die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gestalten will. Weitere Beiträge beschäftigen sich

„Das ist die vielleicht wichtigste Aufgabe, die der Macht in der Mitte obliegt: ökonomisch in einer globalen Wirtschaft mithalten zu können und dabei die anderen Länder der EU mitzuziehen.” (Herfried Münkler in , S. 180)



u. a. mit der Auslandseinsatzpolitik Österreichs, der nuklearen Auf-, Ab- und Umrüstung sowie mit Strukturen und Systemen der Globalen (Un-)Ordnung sowie der zivilen Krisenprävention.

Europa

41 *Roithner, Thomas:* ***Schöne Götterfunken?*** *Sicherheitsinteressen, aktive Friedenspolitik, die internationale Unordnung und die militärische Entwicklung der EU. Wien: myMorawa, 2015. 147 S., € 9,99*
ISBN 978-3-99049-493-6

Das italienische Desaster

Mit der Aussage „Europa ist krank“ beginnt *Perry Anderson* seine Beschreibung der politischen Lage Italiens. Dabei steht Italien exemplarisch für ganz Europa, was sich an den Krankheitssymptomen deutlich zeige, so der Autor. Die Rede ist vom Niedergang der Demokratie, der Wachstumsschwäche und der alles durchdringenden Korruption der politischen Klasse. Diese ist nach Ansicht des Historikers „nicht lediglich eine Folge des Verfalls der politischen Ordnung. Sie ist natürlich auch ein Symptom des ökonomischen Regimes, das Europa seit den achtziger Jahren gefesselt hält“. (S. 12)

„In einem neoliberalen Universum, in dem die Märkte der Maßstab aller Werte sind, wird Geld noch offensichtlicher als je zuvor zum Maß aller Dinge.“ (Perry Anderson, in 42, S. 12f.)

Abgesehen von den zum Großteil bekannten Details italienischer Innenpolitik, z. B. den parteipolitischen Hintergründen des Machtwechsels von Silvio Berlusconi über Mario Monti und Enrico Letta zu Matteo Renzi, interessiert uns (und den Autor, der laut Jürgen Kaube von der FAZ v. 28.11.2015, in den letzten Jahren an jedem Kampf des intellektuellen europäischen Marxismus mit sehr trockenen Kommentaren beteiligt war), der europäische Zusammenhang. Anderson kritisiert v. a. die ökonomische Ordnung der EU, durchgesetzt von Berlin, Frankfurt und Brüssel, die mit einem System drakonischer Austeritätspolitik (siehe Nr. 45) die Schrumpfung der Haushalte, den Abbau der Sozialleistungen, die Entlassung von öffentlichen Angestellten und die Rückzahlung der Schulden durch die schwächeren Mitgliedsstaaten an der Peripherie durchgesetzt hat. So wie Kielmansegg zeigt Anderson am Beispiel von Draghi und der EZB-Politik die Praxis der Hintergehung des Rechts und betont, dass nie „eine Bürokratie flexibler gewesen (sei) bei der Erfindung von Methoden, dieses Recht außer Kraft zu setzen“ (S. 76). Die EZB setzte beispielsweise 2014 Maßnahmen durch, mit denen sie forderungsbesicherte Wertpapiere aufkaufen konnte, Schritte also zur Umgehung des Verbots des direkten Erwerbs von Staatsanleihen, wie es im Vertrag von Maastricht festgeschrieben wurde.

Anderson hält mit seiner Kritik am europäischen (und italienischen) Neoliberalismus, der die Verhältnisse destabilisiere und dem Populismus Vorschub leiste (siehe Berlusconi) nicht hinterm Berg. Er hat aber für Europa auch keine Lösung parat. Italien wird, so seine Prognose, in Zukunft innerhalb Europas, wo jetzt noch Deutschland dominiert (was einzig und allein auf einer Politik der Lohndrückerei basiere), eine wichtigere Rolle spielen.

Europa

42 *Anderson, Perry:* ***Das italienische Desaster.*** *Berlin: Ed. Suhrkamp, 2015. 87 S., € 7,99 [D], 8,30 [A]*
ISBN 978-3-518-07440-4

Die unheilige Allianz

Nach den Katastrophen zweier Weltkriege ist die Europäische Union nach wie vor als Friedensprojekt ein Erfolg. Sie sei aber erst auf halbem Wege, so der seit 2006 in Budapest lehrende Politologe *Anton Pelinka*, denn sie sollte sich „durch ständige Vertiefungen in Richtung einer Bundesstaatlichkeit bewegen“ (S. 28). Gleichzeitig formieren sich immer wieder Kräfte, die sich der Weiterentwicklung entgegenstellen. Wir haben im Laufe dieses Kapitels einige Widerstände aufgezeigt, die dieses sich einigende Europa provoziert bzw. auch selber mit verschuldet. Der renommierte österreichische Politik-Experte befasst sich mit der „unheiligen Allianz“ rechter und linker Extremisten im Kampf gegen Europa. Dahinter stehen für ihn aber auch Gemeinsamkeiten, die durchaus das Potenzial haben, „das erfolgreich gestartete Projekt eines einigenden Europa nicht nur aufzuhalten, sondern auch zu zerstören“ (S. 10).

Die extreme Rechte steht durch ihren expliziten Nationalismus im Wiederspruch zur komplexen Realität Europas. Diese natürliche Gegnerschaft eines supranationalen Designs, das den Abbau nationaler Souveränität zum Ziel hat, ist mit dem Europa der Union a priori nicht vereinbar, so der Autor. Die extreme Linke steht der europäischen Integration ebenfalls negativ gegenüber, nur eben aus anderen Gründen. Vergleichbar seien beide in der Ablehnung liberaler Demokratie und „damit ursächlich verbunden, in der Gegnerschaft zu einem Europa, wie es sich in Gestalt der Europäischen Union präsentiert“ (S. 102). Laut Pelinka müsste die extreme Linke lernen, „dass sie ihre Ansprüche an ein perfektes Europa zu reduzieren hätte, um einen Gleichklang mit einem der Freiheit und dem Frieden und der Gerechtigkeit verpflichteten Europa zu finden, um dann, innerhalb der Offenheit europäischer Demokratie, für das politisch einzutreten und zu kämpfen, was Europa ein Stück gerechter macht“

(S. 182f.). Ganz Politikwissenschaftler, liefert Pelinka eine ausgezeichnete grundsätzliche Analyse der besprochenen „unheiligen Allianz“ der Extreme. Ihn interessieren weniger die aktuellen Parteien als vielmehr die historischen Bezüge der Europaskepsis. So wurde etwa die Idee des britischen Arbeiterführers Keir Hardie von den „Vereinigten Staaten von Europa“, formuliert am Vorabend des Ersten Weltkrieges, vom erblühenden Patriotismus hinweggefegt (vgl. S. 21). Auch in den „Utopien des Extremismus“ im 20. Jahrhundert hebt der Autor die antieuropäische Schlagrichtung hervor.
Historisch Interessierte werden diese Analyse mit Gewinn lesen, auch wenn sie aktuelle Bezüge und Kommentare zur EU-Krise fast gänzlich vermissen lässt. Eines der wenigen aktuellen Beispiele sei abschließend noch erwähnt, nämlich die griechische Regierungsbildung vom Januar 2015, als die linkssozialistische „Syriza“ von Alexis Tsipras sich mit den extremen Rechten der „Unabhängigen Griechen“ zusammentat, um ein nationales Bündnis gegen die Zumutungen der Europäischen Union zu schließen. **Europa: Extremismus**

43 *Pelinka, Anton:* ***Die unheilige Allianz.*** *Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa. Wien: Böhlau, 2015. 195 S., € 35,- [D], 36,- [A]*
ISBN 978-3-205-79574-2

Das doppelte Gesicht Europas

Das doppelte Gesicht Europas, von dem der vorliegende Titel spricht, ist einerseits das Europa der Aufklärung, der Demokratie und der Menschenrechte, andererseits das Europa des freien Marktes, des ungehinderten Geld- und Warenverkehrs. Der Soziologe *Hauke Brunkhorst* versucht, dieses mehrdeutige und von einer grundlegenden Ambivalenz geprägte Europa zu erklären.
Zunächst geht es um die Geschichte der Europäischen Union und deren Dialektik. Der Autor kritisiert vor allem die Verdrängung des emanzipatorischen Ursprungs. „Verdrängt wurde, dass die Einigung Europas und die Einbeziehung Südeuropas in die Union nur unter striktem, auch militärisch erzwungenem Ausschluss aller demokratischen Alternativen durchgesetzt wurde, die links vom (moderat sozialdemokratischen) Modell des demokratischen Kapitalismus lagen.“ (S. 11f.) Verdrängt wurde auch, dass mit Ausnahme Luxemburgs alle Gründernationen der späteren EU Kolonialmächte waren. An die Stelle des Verdrängten „trat eine Friedens-, Verständigungs- und Weltbeglückungsrhetorik, die der Rekonstruktion nationaler Einheit ebenso entgegenkam wie der Hegemonie einer entpolitisierten Wirtschaftsverfassung“ (S. 7). Aber, so ist sich der Autor sicher, das Verdrängte lebt untergründig weiter und die Frage scheint durchaus berechtigt, ob die gegenwärtige Krise Ausdruck der Wiederkehr des bloß verdrängten Emanzipationsinteresses ist.
Brunkhorst weist auch darauf hin, dass die Judikative Europas eine unterschätzte Macht ist, denn es zeige sich immer mehr, dass die Rechtsprechung im Begriff sei, eine europäische Bürgerschaft (demos) herzustellen. Nicht nur, dass der EuGH von nationalen Gerichten immer öfter um Entscheidungen gebeten wird, auch das Google-Urteil des EuGH weise in diese Richtung. Zur Erinnerung: Ein Spanier, der seine Privatsphäre verletzt sah, bekam Recht und Google muss unliebsame Links in seinen Suchergebnissen in Zukunft löschen.
„Angesichts der Lage hilflos, aber nicht ohne Hoffnung“ versucht Brunkhorst schließlich Chancen und Perspektiven der vielleicht doch noch möglichen europäischen Demokratie zu beleuchten. Auch wenn die verdrängten Emanzipationsbestrebungen auf den Straßen von Lissabon, Madrid, Athen und jüngst auch wieder Paris zurückkehren, genüge das nicht, „um der weit fortgeschrittenen Transnationalisierung des Kapitalismus, der sich aus seiner Einbettung in den nationalen Staat losgerissen hat und von diesem nicht mehr demokratisch beherrscht werden kann, eine demokratische und soziale Opposition entgegenzusetzen“ (S. 158f.). Abschließend doch noch eine Brise Hoffnung verbreitend, verweist der Autor auf das Potenzial eines hochqualifizierten Prekariats, das Solidaritäten nicht nur im Süden aktualisiert. „Das könnte den Druck kommunikativer Macht auf das Austeritätsregime so weit erhöhen, dass am Ende aus der heutigen Investorenverfassung doch noch eine wirksame Sozialstaatsverfassung Europas wird.“ (S. 179) **Europa**

„Die EU ist schon in ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstadium als ‘work in progress’, als unvollendeter, unfertiger Bundesstaat, ein Laboratorium für ‘global governance’. Die Europäische Union zeigt die Grenzen und Möglichkeiten auf, wie die politischen Interessen von an sich weiterhin souveränen Nationalstaaten gebündelt werden können und so ein Akteur auf der Bühne von Weltpolitik und Weltwirtschaft entsteht.” (Anton Pelinka in , S. 181)

44 *Brunkhorst, Hauke:* ***Das doppelte Gesicht Europas.*** *Berlin: Suhrkamp, 2014. 216 S., € 16,- [D], 16,50 [A] ; ISBN 978-3-518-12676-9*
Vgl. auch
Stützle, Ingo: ***Austerität als politisches Projekt.*** *Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster: Westfäl. Dampfboot, 2013. 399 S., € 36,90 [D], 38,- [A] ; ISBN 978-3-89691-938-0*
Der Politikwissenschaftler und Redakteur (akanalyse & kritik) *Ingo Stützle* beschäftigt sich mit der Frage, ob das finanzpolitische Leitbild des ausgeglichenen Staatshaushalts einen Teil der Lösung oder einen Teil des Problems darstellt. Eine interessante und informative Zusammenschau dieses finanzpolitischen Instruments. **Austerität: EU**

NEWS Griechenland: Schuldenkrise

Der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis sagte: "Die Deutschen sollten wissen, dass sie mit ihrem Geld nicht Griechenland, sondern die Banken gerettet haben." Die SPIEGEL-Dokumentation macht den Faktencheck. Bei wem sind die Milliarden wirklich gelandet?
Da ein unkontrollierter Bankrott Griechenlands die ganze Eurozone zu gefährden schien, bewilligte die Troika aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) 2010 und 2012 umfangreiche Hilfspakete - mit einem Volumen von insgesamt rund 240 Milliarden Euro. Das Ergebnis: Von den bis Mitte 2013 nach Griechenland geflossenen knapp 207 Milliarden Euro sind gut 77 Prozent direkt (58,2 Milliarden für Bankenrekapitalisierung) oder indirekt (101,3 Milliarden für Gläubiger des griechischen Staates) an den Finanzsektor geflossen. Für den Staatshaushalt blieben aus den Rettungsprogrammen weniger als ein Viertel.
(*Spiegel Online 17.2.2015*)

Rettet Europa, nicht die Banken

Diskussionen über ein zukunftsfähiges Europa kreisen zunehmend um die Frage, welches Europa wir eigentlich wollen. So auch der Hamburger Ökonom *Reinhard Crusius*, der ein über 500 Seiten starkes Kompendium der Krise in Europa verfasst hat. Er sieht u. a. nicht, „wie wir politisch heute oder morgen ohne schwer kalkulierbare Risiken aus dem Euro herauskommen" (S. 9). Deshalb sucht er nach Lösungen für eine ganz andere Euro-Politik. Zu prüfen wäre seiner Ansicht nach, „ob unterschiedliche Ökonomien, d. h. auch unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten, innerhalb Euro-Europas so organisierbar sind, dass wir zwar eine solidarische Wertegemeinschaft, aber keine Schuldenhaftungs-Gemeinschaft werden" (S. 9). Bedenkt man, wie weit wir gegenwärtig von einer Solidargemeinschaft entfernt sind, ist diese Überlegung reines Wunschdenken.
Beunruhigt zeigt sich Crusius über das „brachial-liberale"-Politikkonzept, das nach Griechenland allen anderen Krisenländern übergestülpt wurde, und auch über die Rettungsmaßnahmen, die höchst undemokratisch, unwirtschaftlich, gemeinschafts- und europaschädlich und ungemein belastend für die „deutschen Steuerzahler" sind (vgl. S. 11).
Schließlich unterbreitet der Volkswirt Vorschläge, die in einen umfassenden „Europa-Plan" münden. „Statt bürokratischer Zentralisierung gemeinsam gesetzte und von Subsidiarität geprägte Ziele und Maßnahmen; statt uferlosem Wettbewerb mehr Kooperation; statt rein marktinduziertem Gewinnstreben mehr gemeinwohlorientierte Staatsmächtigkeit; statt wettbewerbsinduziertem Einheitsbrei regionale Vielfalt und kulturellen ‚Artenschutz', statt steigender Monopolisierung durch internationale Konzerne Förderung mittelständischer Vielfalt und genossenschaftlicher Wirtschaftsweisen; statt Verteilungskrieg kooperative Gestaltung des Hauses Europa; statt Casino-Kapitalismus soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient; statt nur Wirtschafts- schließlich auch eine Sozialunion! Das sollte der Weg der Zukunft sein: ein soziales und freies, also wirklich liberales Europa!" (S. 12) In einem Interview der Deutschen Wirtschaftsnachrichten fügte Crusius noch als dringlichste Forderung hinzu: „Statt ‚nur sparen' ein Sorgen für nachhaltig umweltschonendes Wachstum und öffentliche Investitionsprogramme, die den Millionen arbeitsloser Menschen, vor allem den arbeitslosen Jugendlichen, wieder glaubwürdige Hoffnung geben - und die Schuldenzuwächse der öffentlichen Hände eher abbauen als die jetzige wirtschaftszerstörerische Sparpolitik es kann". (nachzulesen unter DWNonline)
Als leidenschaftlicher Europäer versucht Crusius zu skizzieren, wie unterschiedlich entwickelte Volkswirtschaften einigermaßen „sozialverträglich" aneinander zu binden sowie Einheit und Verschiedenheit unter einen Hut zu bringen wären. Ein mehr als ehrenwertes Ansinnen. **Europa: Finanzkrise**

46 *Crusius, Reinhard:* ***Rettet Europa, nicht nur die Banken!*** *Marburg: Tectum-Verl., 2014. 514 S., € 18,95 [D], 19,60 [A] ; ISBN 978-3-8288-3292-3*

Geldpolitik als Machtpolitik?

Es hätte nicht der „Panama-Papers" bedurft um zu erkennen, dass vieles in der gegenwärtigen Finanzordnung nicht mit rechten Dingen zugeht. Die legale wie illegale Steuerhinterziehung durch Unternehmen und Private, der Würgegriff von Schulden, der ganze Staaten lahm legen kann, oder die leidigen Bankenrettungspakete, die zwar Gläubiger beruhigen, die Steuerzahler aber zur Kasse bitten, gelten als zentrale Kritikpunkte. *Hans Holzinger* hat sich einschlägige Publikationen angesehen.

Geldwäsche und Steueroasen

Was Geld-Kritiker seit langem forderten, wurde mit der Niedrig- bzw. Negativzinspolitik der Notenbanken nun Realität. Mit begrenzter Wirkung für die Konjunktur, aber als willkommener Damm gegen eine noch stärker wachsende Schuldenlast der Staaten, die höhere Zinsen wohl in weitere Turbulenzen stürzen würden. Da die Wirtschaft trotz Niedrig-Zinsen nicht anspringt, denkt EZB-Chef Mario Draghi sogar darüber nach, Geld an die Bürger und Bürgerinnen zu verschenken, um den Konsum

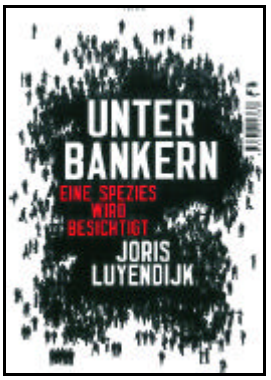
anzukurbeln. Gesprochen wird von „Helikoptergeld“, das bildlich gesprochen von Flugzeugen an die Bevölkerung abgeworfen werden soll. Dabei handelt es sich um eine Art Grundeinkommen, das als Finanzstrategie durch die Hintertür käme. Die Idee wurde freilich schnell wieder verworfen, zu groß wäre der Legitimitätsverlust für die Finanzordnung. Ernsthafter ist das Bemühen, der Praxis der Steuerhinterziehung bzw. steuerschonenden Veranlagung von Konzernen wie Privaten einen Riegel vorzuschieben. Da kamen die „Panama-Papers“ wohl zur rechten Zeit. Sie haben offenbart, was kritische Nichtregierungsorganisationen wie *attac* oder *Financewatch* schon seit langem kritisieren, nämlich die systematische Hinterziehung von Steuern und die Weißwaschung kriminellen Geldes durch sogenannte Steueroasen.

Nicholas Shaxson arbeitet als Wissenschafter und Autor beim „Tax Justice Network“, einer von Experten geleiteten NGO, die sich mit Steuergerechtigkeit und Steueroasen beschäftigt. Bereits 2011 deckte er als investigativer Journalist in „Schatzinseln – wie Steueroasen die Demokratie untergraben“ die Machenschaften von Briefkastenfirmen auf – damals noch mit geringem Echo in der Politik. 2014 veröffentlichte der Journalist *Gabriel Zucman* seine Analyse „Steueroasen: Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird“, in der er die den Staaten entgehenden Einnahmen durch Steuerhinterziehung zu beziffern versucht. Ausgehend vom gesamten weltweiten Finanzvermögen von 73.000 Mrd. Euro berechnet Zucman, dass acht Prozent der privaten Finanzvermögen weltweit, das sind 5.800 Mrd. Euro, sich in Offshore Zentren befinden. Davon bleiben 80 Prozent unversteuert. Ein Drittel davon ist in der Schweiz, der Rest verteilt sich auf andere Steueroasen. Mithilfe der Zuschätzungen errechnet Zucman ein Offshore-Vermögen von ca. 8.000 Mrd. Euro oder 10-11 Prozent der weltweiten Finanzvermögen. Zucmans Buch war lange auf der Liste der Spiegel-Bestseller. Der Befund des Autors: Steueroasen ging es nie besser als heute - sowohl was die Reisefreiheit des Vermögens als auch die Straffreiheit der Steuerhinterzieher betrifft. Vernichtend fällt dabei auch das Urteil über die bisher ergriffenen Gegenmaßnahmen aus: die Politik habe es bislang versäumt, substanzielle Schritte zur Unterbindung von Steueroasen zu setzen.

Auch die Deutsche Bank wurde bereits vor Jahren beschuldigt, in kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein. „Es gibt Hinweise darauf, dass das größte deutsche Geldhaus am ´Herzstück´ der organisierten Kriminalität beteiligt sein könnte: Geldwäsche“, so *Wolfgang Hetzer* in seiner Abhandlung „Ist die deutsche Bank eine kriminelle Vereinigung?“ Der Autor war von 2002 bis 2013 in Brüssel als Abteilungsleiter im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) tätig und beriet den Generaldirektor des OLAF im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Er weiß also, wovon er spricht, wenn er derartige Vorwürfe erhebt. Hetzer schildert und kommentiert akribisch die Auseinandersetzungen um Fehlverhalten im Management der Deutschen Bank inklusive laufender und bereits abgeschlossener Gerichtsverfahren (allein 2014 musste das Bankhaus 1,3 Mrd. Euro Bußgelder berappen, S. 121, insgesamt wird geschätzt, dass bereits an die 10 Mrd. Euro Strafen angefallen sind), er kritisiert die Vertuschungspraktiken und Einschüchterungsversuche der obersten Banketage, er sieht aber auch Versäumnisse bei der Politik, etwa hinsichtlich Einführung von Unternehmenstrafen für Finanzdienstleister. Hetzer unterbreitet sachkundig eine Chronologie der Vorwürfe an die Deutsche Bank mit Stand September 2015. Die Reportage beleuchtet freilich nur eine Bank, das Problem ist aber systemisch, wie die Panama Papers nun zeigen. Der Experte für Wirtschaftskriminalität spricht folgerichtig von einem „Hochstaplerkapitalismus“ (S. 59).

„Vieles deutet darauf hin, dass die Welt des Geldes keiner Modernisierung oder großen Reinigungsaktion bedarf, sondern einer neuen DNA. Einen Masterplan habe ich nicht, aber ich weiß inzwischen immerhin, was nicht hilft. Die Behauptung, eine Charakterschwäche einzelner Banker sei das Problem, zum Beispiel.”
(Joris Luyendijk in , S. 38)

Freilich: Banker sind ins Visier der Öffentlichkeit geraten und ihr Image ist nicht das Beste. Neben einschlägigen Dokumentarfilmen hat sich auch die Filmindustrie des Themas angenommen. In „Wallstreet“ spielt Jack Nicholson einen Börsenspekulanten, der wegen Finanzvergehen ins Gefängnis muss, um nach seiner Freilassung doch wieder groß ins Geschäft zu kommen. Es gehe nicht um Vermögensmehrung, sondern um ein Spiel, klärt der Finanzheld seinen jungen Assistenten auf. An diesem Mythos mag etwas dran sein, er verklärt freilich die systemischen Ursachen. Darauf verweist der niederländische Journalist und Ethnologe *Jorid Luyendijk*, der vom britischen *Guardian* gebeten wurde, in Interviews dem Denken und Fühlen der Banker der Londoner City nachzuspüren. In seiner Reportage „Unter Bankern“ betont der Autor, dass Casinomentalität zwar eine Rolle spiele, das Problem aber nicht auf das Versagen von Einzelpersonen reduziert werden dürfe. Es seien die Rahmenbedingungen, die zu diesem Eigenleben der Finanzwirtschaft geführt hätten. Der Finanzsektor sei gegen Aufdeckungen immun, da seine Macht jede politische Intervention vereitle. Einzelne Politiker oder Staaten würden sich nicht vorwagen und drastische Einschnitte fordern, weil sie befürchten müssen, ins finanzielle Abseits gestellt zu werden. Zudem gebe es enge Verflechtungen zwischen Politik und Finanzsektor, was der Einstieg zahlreicher



Ex-Politiker ins Finanzgeschäft (als Beispiel nennt der Autor Tony Blair) bzw. jener von Bankern in die Politik zeige. „Vieles deutet darauf hin, dass die Welt des Geldes keiner Modernisierung oder großen Reinigungsaktion bedarf, sondern einer neuen DNA“, so der Journalist (S. 248). Wie diese aussehen müsste, lässt der Autor freilich offen. Aufgabe des Journalismus sei es, Versäumnisse aufzudecken.

Aufzuklären über die meist undurchsichtigen Zusammenhänge der Finanzwelt ist auch das Ziel des britischen Schriftstellers, Journalist und Kolumnist *John Lanchester* („The Daily Telegraph“ u. a.). Auf einfache und auch humorvolle Weise versucht der Autor in „Die Sprache des Geldes“ Begriffe, Instrumente und Fakten der Finanzwirtschaft zu erklären. Der Hauptteil des Buches entspricht einem Lexikon von „Abenomics“ und „Aktie“ über „Quantitative Lockerung“ bis hin zu „Verschuldung“ und „Volcker-Regel“. Ironie geht dabei freilich häufig vor sachlicher Tiefe. Als „Wachstum“ wird etwa lapidar jener Zustand definiert, der es der Politik ermöglicht, „sowohl die Versprechen an ihre eigenen Bürger einzulösen als auch ihren Verpflichtungen den Leuten gegenüber nachzukommen, von denen sie sich Geld geliehen haben“ (S. 289).

In dem Band „Making of Finance“ wiederum versuchen die Herausgeber, in Interviews mit Insidern, etwa dem zum Wistle Blower mutierten Hochfrequenzhändler Haim Bodek oder dem Hedge-Funds-Berater Rishi K. Narang, Licht ins Dunkel insbesondere der digitalisierten Finanzwelt zu bringen. Permanente Beschleunigung und zunehmende Konkurrenz von Tradern, die geringere Profitraten durch Verdichtung der Spekulationsakte wettzumachen versuchen, wird dabei als eine Ursache der sich verselbständigen Finanzmärkte ausgemacht.

Finanzmarkt

47 *Shaxson, Nicholas:* ***Schatzinseln*** *– wie Steueroasen die Demokratie untergraben. Zürich: Rotpunkt-Verl., 2011. 416 S., € 24,50 [D], 25,20 [A] ISBN 978-3-858-69460-7*

Zucman, Gabriel: ***Steueroasen.*** *Wo der Wohlstand der Nationen versteckt ist. Frankfurt: Suhrkamp, 2014. 118 S., € 14,- [D], 14.50 [A] ISBN 978-3-518-06073-5*

Hetzer, Wolfgang: ***Ist die Deutsche Bank eine kriminelle Vereinigung?*** *Leistung, die Leiden schafft. Frankfurt/M.: Westend, 2015. 220 S., € 17,99 [D], 18,50 [A] ; ISBN 978-3-86489-118-2*

Luyendijk, Joris: ***Unter Bankern.*** *Eine Spezies wird besichtigt. Stuttgart: Tropen-Verl., 2015. 267 S., € 19,95 [D], 20,60 [A] ; ISBN 978-3-608-50338-8*

51 *Lanchester, John:* ***Die Sprache des Geldes.*** *Und warum wir sie nicht verstehen (sollen). Stuttgart: Klett-Cotta, 2015. 352 S., € 19,95 [D], 20,50 [A] ISBN 978-3-608-964899-8*

52 ***Making of Finance.*** *Hrsg. v. Armen Avanessian u. a. Berlin: Merve, 2015. 136 S., € 14,- [D], 14,50 [A] ISBN 978-3-88396-374-7*

Geld als politische Waffe

Nicht die Polarität von Politik und Finanzsektor, sondern die Gestaltung von Machtpolitik mittels Finanzsektor stellen die folgenden Autoren in den Mittelpunkt. „Weltmacht IWF“ lautet der Titel eines Buches des Wirtschaftsjournalisten *Ernst Wolff*, in dem dieser die Geschichte der Finanz- und Verschuldungskrisen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die Rolle des IWF darin nachzeichnet. Ob die Verschuldungskrisen in Lateinamerika und in Asien, der Zusammenbruch der Sowjetunion oder der blutige Zerfall Jugoslawiens sowie zuletzt die Finanzkrise 2007 und die ihr folgenden Staatskrisen in EU-Ländern (Island, Irland, Zypern oder Griechenland) – der Autor sieht immer ein ähnliches Muster am Werk: Das internationale Finanzkapital sucht neue Anlagemöglichkeiten, Banken als Vermittler der Vermögenseigner vergeben Kredite an Staaten und streifen dabei hohe Margen ein. Können die Staaten bzw. deren Regierungen – aus welchen Gründen auch immer – ihre Schulden nicht mehr bedienen, tritt der IWF als „lender of last resort“ auf den Plan, verordnet Spar- und Privatisierungsprogramme, ohne die keine Umschuldungskredite mehr vergeben werden. Internationale oder auch nationale Kapitaleigner kaufen in der Folge die Staatsunternehmen zu Billigstpreisen auf (was aktuell in Griechenland passiert). Auf diesem Wege seien auch die ärmsten Länder in die Schuldenfalle gelockt worden, so der Autor.

Die zweite Variante bezieht sich laut Wolff auf Spekulationsgeschäfte, die insbesondere den aktuellen Finanzkrisen zu Grunde lägen: Eine Investorengruppe verdient mit einer Bank solange viel Geld, bis diese durch Spekulationsgeschäfte ihres Managements in Zahlungsschwierigkeiten gerät. Um das zur Sanierung der Bank benötigte Kapital aufzubringen, werden nicht die Investoren aufgefordert, ihre jahrelang angehäuften Gewinne anzutasten, sondern Kleinanaleger, Sparer und Steuerzahler zur Kasse gebeten. Der IWF sei auch hier – wie zuletzt bei den Finanzkrisen von EU-Staaten in Kooperation mit der EZB und Europäischen Kommission (in der sogenannten Troika) der treibende Akteur. Leidtragende seien immer die Bürger und Bürgerinnen – Wolff spricht von der „ar-

beitenden Bevölkerung“ im Gegensatz zu den sich bereichernden Finanzoligarchien. Und, so Wolff weiter, mit der Strategie des IWF werde Interessens- und Machtpolitik betrieben. Den Sturz linker Regierungen in Südamerika in den 1970er-Jahren nennt er ebenso als Beispiel wie die Einführung des Kapitalismus in Russland (der zur Bereicherung einer kleinen Oberschicht geführt habe) oder die Destabilisierung Jugoslawiens, das vor dem finanziellen Bankrott stand.

Wolffs faktenreiches Buch – er selbst spricht von „Chronik eines Raubzugs“ – wartet mit brisanten Thesen auf, die Geld- und Schuldenpolitik in einem ganz neuen Licht erscheinen lassen. Das einzige Mittel gegen diese Strategie des Ausverkaufs seien Proteste der Bevölkerung, die aber – so zeigt Wolff an mehreren Beispielen – häufig durch die Strategie des Scheinwiderstands der gewählten Regierungen gegen die IWF-Spardiktate ins Leere laufen. Regierungen treten verbal gegen die aufoktroyierten Strukturanpassungsprogramme auf, haben aber letztlich keine andere Wahl als sich den internationalen Kapitalmärkten zu beugen. Fazit des Rezensenten: Der beste Weg bestünde demnach im Aufbau von Wirtschaftsstrukturen, die nicht länger von Fremdkapital abhängig wären, was eine radikale Dezentralisierung erforderte.

IWF

53 *Wolff, Ernst:* ***Weltmacht IWF.*** *Chronik eines Raubzugs. Marburg:Tectum, 2014. 234 S., € 17,95 [D], € 18,50 [A] ; ISBN 978-3-8288-3329-6*

Eigenständige Währungspolitik?

Wie schwer dies freilich ist, zeigt das Beispiel Griechenlands. *Heiner Flassbeck* und der an der Universität London lehrende Ökonom *Costas Lapavitsas* hatten in „Nur Deutschland kann den Euro retten“ ein Ausstiegsszenario für Griechenland aus dem Euro entworfen. Ausgehend von der Überzeugung, dass Volkswirtschaften wie jene Griechenlands zur Erlangung von Wettbewerbsfähigkeit in der EU die Möglichkeit einer eigenständigen Währungspolitik bräuchten (durch Abwertung der eigenen Währung verteuern sich Importe, während sich Exporte verbilligen), plädier(t)en die beiden für den Austritt aus dem gemeinsamen Währungsraum. Die Hauptschuld an der Krise wird der Strategie Deutschlands angelastet, welches sich trotz hoher Produktivität durch Lohnzurückhaltung Exportvorteile verschafft habe. Daher läge es – darauf bezieht sich der Titel des Buchs – vor allem an Deutschland, die sogenannte „Euro-Krise“ in den Griff zu kriegen, indem es von seinen Leistungsbilanzüberschüssen ablasse (Im Mai 2016 hat auch der IWF Kritik an Deutschlands Exportpolitik geübt).

Auch wenn die Flüchtlingsfrage die ökonomische Krise Griechenlands übertüncht hat, so wird diese auf die Tagesordnung der Europäischen Politik zurückkehren, der Grexit-Plan könnte erneut aktuell werden. Wie Deutschland und auch andere EU-Länder durch Exporte nach Griechenland und wie deren Bankinstitute durch große Kredite an Griechenland viel Geld verdient haben, zeichnet auch *Giorgos Chondros*, Umweltsprecher von Syriza, in seiner Chronologie der Griechenland-Krise nach. Auch er zeigt, dass die bisherigen Rettungsprogramme für Griechenland vor allem der Bedienung der Gläubiger involvierter Banken etwa aus Deutschland und Frankreich gedient haben und nicht der Förderung von Konjunkturprogrammen, die der griechischen Bevölkerung zu Gute kämen.

In „Die griechische Tragödie“ beleuchten der auch PZ-Lesern bekannte Autor *Winfried Wolf* sowie *Nikos Chilas* nicht nur die aktuelle Lage in Griechenland im Kontext der Austeritätspolitik, sondern sie stellen auch historische Bezüge her. Die beiden spüren den deutsch-griechischen Beziehungen bis ins Jahr 1941 nach, als die Wehrmacht das Land besetzte. Griechischen Forderungen nach Reparationszahlungen und Wiedergutmachung wichen Bonn und Berlin beharrlich aus; und als 2001 eine Athener Gerichtsvollzieherin mit einem höchstgerichtlich bestätigten Urteil vor dem griechischen Goethe-Institut auftauchte und die Einrichtung konfiszieren wollte, intervenierte Deutschland politisch dagegen.

“Deutsche Knute und deutscher Druck ziehen sich als braun-schwarzer Faden durch die griechische Zeitgeschichte”, so die Autoren. Ohne ihre Kenntnis sei die heutige Situation in Griechenland nicht erklärbar. Chilas und Wolf erzählen darüber faktenreich und stellen die Bezüge zu heute dar.

Griechenland: Finanzpolitik

„Gemäß dem aktualisierten Bericht des SIPRI liegt die Türkei mit 15,2 Prozent an erster Stelle der deutschen Rüstungsexporte, gefolgt von Griechenland mit 12,9 Prozent.“ (Giorgos Chondros in , S. 123)

54 *Flassbeck, Heiner; Lapavitas, Costas:* ***Nur Deutschland kann den Euro retten.*** *Der letzte Akt beginnt. Frankfurt: Westend, 2015. 185 S., € 14,99 [D], 15,50 [A] ISBN 978-3-86489-096-3*

Chondros, Giorgos: ***Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas.*** *Der Propaganda-Krieg gegen Syriza. Frankfurt/M.: Westend, 2015. 236 S., € 16,99 [D], 17,50 [A] ISBN 978-3-86489-115-1*

Chilas, Nikos ; Wolf, Winfried : ***Die griechische Tragödie.*** *Rebellion, Kapitulation, Ausverkauf. Wien: Promedia, 2016. 228 S., € 17,99 [A,D] ISBN 78-3-85371-403-4*

Ein anderes Geld?

Spätestens mit der Finanzkrise 2007 ist das Thema „Geld“ auch in den Fokus der Fachliteratur gerückt. Grund genug, nach einem ersten Schwerpunkt „Geld und Schuld“ (s. PZ 4/2013), sich nochmals der Frage anzunehmen. *Hans Holzinger* gibt Einblicke in aktuelle Publikationen, die über Analysen hinaus teilweise weitgehende Vorschläge für ein „anderes Geld“ unterbreiten.

Eine neue Wirtschaftslehre

Frank Niessen sieht in der Orthodoxie und Enge der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaften und der dieser hörigen Politik das zentrale Problem, welches einer Umsteuerung hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften im Wege stehe. Als Kardinalfehler benennt der belgische Ökonom den Trugschluss, Arbeitslosigkeit weiterhin mit Wirtschaftswachstum bekämpfen und Ressourcenprobleme allein mit besseren Technologien lösen zu können sowie in der Nichtbeachtung der privaten Geldschöpfung sowie der Zinsdynamik in den ökonomischen Theorien.

In seinen Leitlinien für eine neue Wirtschaftswissenschaft (die plural sein müsse) sowie seinem alternativen Ansatz für Wirtschaftspolitik plädiert Niessen für neue Arbeitszeitmodelle sowie die Geldschöpfung durch die öffentliche Hand. Er geht aber darüber hinaus, wenn er eine „Welt ohne Armut und Umweltzerstörung“ fordert und diese in einer ökonomischen Formel festmacht, die globale Mindesteinkommen ins Verhältnis zum global verträglichen Naturverbrauch setzt. Sechs Empfehlungen gibt der Autor hierfür: notwendig sei die Definition von Mindesteinkommen und Naturnutzungsgrenzen, die Operation mit einem ökologisch begrenzten Sozialprodukt, welche die Lenkung und Umverteilung von Einkommensströmen erfordere – Niessen plädiert für ein Weltgrundeinkommen. Weiters, das scheint mir entscheidend, die qualitative Gestaltung des Sozialprodukts („Eine Welt mit weniger Werbung, weniger Waffen, ohne Marsmission und ohne Stratosphärensprünge wäre gewiss kein schlechterer Ort“, S. 107) – und schließlich die Enttabuisierung der Bevölkerungskontrolle.

„Nicht im Wachstum auf breiter Front, sondern in der Begrenzung und in der Verteilung liegen die notwenigen wirtschafts- und entwicklungspolitischen Orientierungspunkte für multilaterale Kooperationen im 21. Jahrhundert.“ (Frank Niessen in 57, S. 110)

Seine Überlegungen untermauert Niessen im letzten Kapitel mit Argumenten der Wirtschaftsethik, wobei er dem negativen einen positiven Freiheitsbegriff entgegensetzt, welcher auf die Ermöglichung eines adäquaten Lebens für alle ErdenbürgerInnen basiert. Dies und der Mythos vom hart verdienten Geld rechtfertigen für den Autor eine starke Umverteilung (die von Niessen zitierten Gehaltsbeispiele etwa von Spitzenmanagern oder Spitzensportlern legen diese Umverteilung allein vom gesunden Hausverstand her nahe). Niessen ist nicht im Mainstream der Wirtschaftswissenschaften verankert und bekleidet demnach auch keinen Lehrstuhl, sondern unterrichtet Ökonomie an einer belgischen Schule (was wohl dazu beiträgt, dass seine Ausführungen auch für Laien gut verständlich sind). Der Autor zeigt aber – wie der Österreicher *Christian Felber*, dessen Berücksichtigung in einem österreichischen Schulbuch kürzlich große Empörung bei der Ökonomen-Zunft ausgelöst hatte –, dass neue Denkansätze in den Wirtschaftswissenschaften überfällig sind. Der Titel „Entmachtet die Ökonomen“ ist damit etwas irreführend, vielmehr geht es Niessen um die Berücksichtigung anderer ökonomischer Schulen. Dass das Vorwort zum Buch von dem renommierten Wirtschaftsethiker Peter Ulrich stammt, mag Anzeichen eines beginnenden Paradigmenwechsels sein.

Wirtschaftswissenschaften: andere

57 *Niessen, Frank:* ***Entmachtet die Ökonomen.*** *Warum die Politik neue Berater braucht. Marburg: Tectum, 2016. 166 S. € 17,95 [D], 18,50 [A]*
ISBN 978-3-8288-3623-5

Neue Wirtschaft mit neuem Geld

Eine „radikal neue Geschichte des Geldes“ verspricht *Stephan Mekiffer*, Jahrgang 1988, der mit Studien der Wirtschaft, Politik- und Kulturwissenschaften sowie Philosophie als Crossover-Denker zu bezeichnen ist. Seine Kritik an den mathematischen Wirtschaftswissenschaften setzt bei der Gleichung von Geld = Wohlstand bzw. Glück, verkörpert im BIP, an. Auch Mekiffer sieht im Schuldgeld eine zentrale Ursache des Wachstumszwangs: „Wenn Geld durch verzinste Kredite entsteht, neue Kredite vergeben werden, um die verzinsten alten Schulden zu refinanzieren, und die neuen Kredite an diejenigen vergeben werden, die Profite versprechen, dann sind alle Beteiligten finanziell vom Wachstum abhängig.“ (S. 103) Nur gegen das Versprechen von Profit und Wachstum würden neue Kredite vergeben, die das gegenwärtige Geld refinanzieren, das durch Zinsen angewachsen ist. Dies bedinge den „systematischen Zwang, die Wirtschaft zum Wachsen zu bringen“ (ebd.). Folge sei die „maximale Produktion an käuflichen Gütern“ mit dem Ziel, Kredite zu refinanzieren (S. 121) Dabei würden viele unnütze Dinge produziert, während sinnvolle, angenehme, aber unbezahlte Aufgaben un-

erledigt blieben, „weil sie kein Geld bringen und daher keine Zeit für sie da ist“ (S. 124). Überdies zerstöre Geld Beziehungen: „Wer Geld hat, braucht Freunde und Gemeinschaft ökonomisch gar nicht. Wir pflegen sie nur noch zum Zeitvertreib.“ (S. 130) Und wenn Gläubiger die Rückzahlung verlangen, ohne neue Kredite zu vergeben, müsse der Staat zusehen, wo er neues Geld auftreibt, indem er Steuern erhöht, Exporte fördert, Vermögen verkauft, Ausgaben kürzt.

Mekiffer spricht von „negativer Ökonomik“ und setzt dieser eine „organische Wirtschaft“ sowie eine „Metamorphose des Geldes“ gegenüber. Der Autor plädiert für Frei- bzw. Schwundgeld, also vom Staat ausgegebenes Geld mit Negativzins, welches als Grundeinkommen allen BürgerInnen zur Verfügung gestellt würde, mit dem aber auch Staatsschulden getilgt werden könnten. Da das Geld an Wert verliert, würde dieses nicht gehortet und ermögliche Investitionen ohne Wachstumszwang und rege die Wirtschaftstätigkeit an. Banken würden zu Diensteistern, Schuldgeld mit steigenden Zinsansprüchen würde an Bedeutung verlieren. Zudem schlägt der Autor die Deckung der Währung mit Naturressourcen (Nutzungskontingente) vor, ein Vorschlag der auf Charles Eisenstein und seine „Ökonomie der Verbundenheit“ zurückgeht und vor Ressourcenübernutzung schütze. Als „organische Wirtschaft“ bezeichnet Mekiffer den Übergang vom schnellen Wachstum mit schnellem Ressourcenverbrauch zu Kreislaufwirtschaften mit langlebigen Gütern. Die Ressourcengrenzen, die auch die Profitraten fallen lassen, würden über den Markt diese Metamorphose von selbst bewirken, ist der Autor überzeugt. Im Mittelpunkt zukünftigen Wirtschaftens müsse die Sorge um das Naturkapital stehen, da dieses die Basis jeder Grundversorgung darstelle. Zudem seien Defensivkosten zu vermeiden. Als Beispiel nennt Mekiffer die Zur-Verfügung-Stellung von Häusern an Obdachlose in vielen Städten der USA, was billiger kommt als Notaufnahmen, Notunterkünfte usw. Hilfreich wären auch Lokalwährungen, der Aufkauf von Grundstücken für Gemeinschaftsgärten (anstatt dieses in Aktien zu investieren), Modelle des Crowdfinancing oder der Peer to Peer-Investitionen. Ein radikales, für viele vielleicht utopisch anmutendes Buch, das jedoch, da ist Niko Paechs Kommentar zu den Ausführungen zuzustimmen, „sicherlich heftige Diskussionen auslösen wird“ und – so sei hinzugefügt – auslösen soll. **Geldreform**

58 *Mekiffer, Stefan:* ***Warum eigentlich genug Geld für alle da ist.*** *München: Hanser, 2016. 304 S., € 18,90 [D], 19,50 [A] ; ISBN 978-3-446-44703-5*

Gemeinwohlökonomie

Eine Gemeinwohlbank ist eines der Ziele der auf *Christian Felber* zurückgehenden Gemeinwohlökonomie. Die ethische Fundierung seiner Überlegungen hat Felber nun in dem sehr persönlichen Buch „Die innere Stimme“ zusammengefasst. Dass dabei das Politische nicht zu kurz kommt, zeigt der Autor im zweiten Teil des Bandes.

Gemeinwohlökonomie

59 *Felber, Christian:* ***Die innere Stimme.*** *Wie Spiritualität, Freiheit und Gemeinwohl zusammenhängen. Oberursel: Publik-Forum, 2015. 110 S., 11,90 [D/A] ISBN 978-3-88095-283-6*

„Ich glaube, dass wir auf die Krise zugehen sollten. Vielleicht bräuchten wir gar keine Angst zu haben, wenn wir uns ihr nicht widersetzten, denn das Leid, das die Krise bringt, kommt von unserer Abhängigkeit von Öl, Banken, globalen Konzernen du anderen kollabierenden Systemen.“ (Stefan Mekiffer in , S. 219)

Vordenker

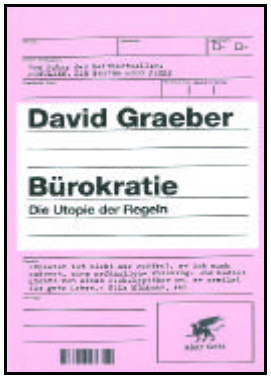
Slavoy Zizek und David Graeber sind zwei der zur Zeit am meisten diskutierten Denker. Mit ihren neuen Büchern sorgen sie erneut für Aufmerksamkeit. *Stefan Wally* stellt die Kernargumente aus den beiden Büchern vor.

Neues von Zizek und Graeber

Slavoj Zizek will eine dritte Position einnehmen. In seinem neuen Buch „Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror“ stellt er sich gegen die rechts-populistischen Argumente für die Abschottung Europas und gegen einen linksliberalen Moralismus, wie er ihn nennt. Seine dritte Alternative bleibt aber schemenhaft.

Das ist Zizeks Argument: Die Flüchtlingskrise habe ökonomische Wurzeln, vor allem darin, dass Nahrungsmittel als Waren behandelt werden (S. 38). Europa sei für die wirtschaftliche Misere der Ursprungsstaaten der Flüchtlinge mitverantwortlich. Das würden auch Flüchtlinge so sehen und deswegen nie Dankbarkeit empfinden für die Menschen, in deren Länder zu kommen sie es nach Bewältigung so vieler Probleme geschafft haben. (S. 43) Sie wollten ein Stück vom Kuchen abhaben, ohne ihren eigenen Lebensstil zu ändern, dessen Grundzüge jedoch teilweise nicht mit den ideologischen Grundlagen westlicher Sozialstaaten vereinbar seien. (S. 49)

Die wahre Bestrebung sollte es sein, die Basis der Gesellschaft weltweit so umzugestalten, dass keine verzweifelten Flüchtlinge mehr auf diesen Weg gezwungen werden. Die Flüchtlingskrise biete Europa die einzigartige Chance, sich neu zu definieren, sich in aller Deutlichkeit von zwei polaren Kräften abzu-



grenzen, denen es sich gegenübersieht: dem angelsächsischen Neoliberalismus und dem autoritären Kapitalismus mit „asiatischen Werten“ (S. 12-13). Um dieses selbstbewusste Europa zu bauen müsse man sich von der Kritik am Eurozentrismus verabschieden. „Wir tendieren dazu, elementare westliche kulturelle Werte ausgerechnet in einer Zeit zu verwerfen, in der viele davon (beispielsweise Egalitarismus, Grundrechte, Sozialstaat) in einer neuen kritischen Interpretation durchaus als Waffe gegen kapitalistische Globalisierung dienen können.“ (S. 17) Auch die Verteidigung der eigenen Lebensweise dürfe nicht der Rechten überlassen werden. Es solle vielmehr gezeigt werden, dass fremdenfeindliche Populisten unsere Lebensart in viel größerem Ausmaß bedrohen als alle Einwanderer zusammen. Natürlich dürfe der Islam kritisiert werden. Die Linke habe jedoch in den USA und in Europa eine andere Argumentation gewählt und bezahle dies mit dem Verlust der Unterstützung in wirtschaftlich schwächeren Gruppen. Zizek sieht die Ursache darin, dass der Kulturkampf ein verschobener Klassenkampf sei. Die herrschende Klasse stimme zwar mit der populistischen immigrationsfeindlichen Agenda nicht überein, toleriere sie jedoch als Mittel, die unteren Klassen in Schach zu halten (S. 51). Die Linksliberalen, wie Zizek sie nennt, bekennen sich zwar zur Solidarität mit den Armen, richten ihren Kampf für multikulturelle Toleranz aber gegen die wahrgenommene Intoleranz der „Unterschicht“ (S. 53).

Also: Was ist zu tun? „Die Kunst besteht darin, den richtigen Mittelweg zwischen den Bedürfnissen und Wünschen der Flüchtlinge … und den Kapazitäten der verschiedenen Länder zu finden.“ (S. 77) Um dem Chaos Herr zu werden, brauche es eine gesamteuropäische Koordination und Organisation. Zizek plädiert für Aufnahmezentren in der Nähe der Krisengebiete und die organisierte Weiterreise derer, die sich in Europa registrieren dürfen. „Das Militär ist der einzige Akteur, der eine solche gewaltige Aufgabe in organisierter Weise leisten kann.“ (S. 77) Dann müsse es ein Mindestmaß an Richtlinien geben, an die man sich halten müsse: Religionsfreiheit, Schutz der Freiheit des Einzelnen vor Gruppenzwang, Rechte der Frauen etc. Und es müsste die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen innerhalb dieser Richtlinien kompromisslos verteidigt werden. (S. 78)

Klassenkampf: neuer

*Zizek, Slavoy: **Der neue Klassenkampf.** Die wahren Gründe für Flucht und Terror. Berlin: Ullstein, 2015. 95 S., € 8,- [D], 8,90 [D]*
ISBN 978-3-550-08144-6

“Wissenschaftler und Intellektuelle fühlen sich zu Bereichen der Dichte hingezogen, in denen sie ihre interpretatorischen Fähigkeiten am besten anwenden können. Wir erachten etwas interessantes für wichtig und halten Orte der Verdichtung auch für Orte der Macht. Die Macht der bürokratie zeigt, wie häufig genau das Gegenteil der Fall ist.” (David Graeber in , S. 71)

Die Utopie der Regeln

David Graebers Buch über die Bürokratie kann man mit Gewinn lesen. Er zeigt, dass Kritik an Bürokratie nicht eine Kritik am Wohlfahrtsstaat sein muss. Denn in vielen westlichen Staaten wird Bürokratie immer als Kostenfaktor, als Schikane des Staates gegen eine dynamische Wirtschaft gesehen. Graeber öffnet den Horizont und zeigt Bürokratie zwar nicht als etwas völlig anderes, aber doch als Phänomen, das sich nicht auf staatliche Strukturen beschränkt, sondern das sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen breit macht, gerade in der sogenannten „freien Wirtschaft“. Graeber ist aber noch etwas radikaler: Er meint, dass der Neoliberalismus zu einer Explosion des Umfangs der Bürokratie geführt hat.

Um Graebers Denken auf die Spur zu kommen, können wir bei einer Geschichte einhaken, die er in der Mitte des Buches erzählt. Graeber hatte eine Teefabrik bei Marseille besucht, die von den Arbeitern besetzt war. Bei einem Rundgang erkundigte er sich nach den Gründen für die Besetzung. Nur oberflächlich gehe es um die drohende Verlagerung des Unternehmens nach Polen. In Wirklichkeit drehe es sich aber um die Gewinnverteilung. Effizienzgewinne seien nicht den Arbeitern in höheren Löhnen ausbezahlt worden. Auch seien keine neuen Arbeiter eingestellt und die Produktion ausgeweitet worden, sondern mit dem Geld vor allem die mittlere Managementebene verstärkt worden. Die Anzugträger hätten alle wohlklingende Titel, aber fast nichts zu tun, weshalb sie ihre Zeit größtenteils damit verschwenden, im Betrieb herumzuspazieren und die Arbeiter zu beobachten, Erfassung- und Bewertungsinstrumentarien zu entwickeln und Pläne und Berichte zu erfassen. Da ist sie die Bürokratie, über die Graeber schreibt.

Die Dimension der Bürokratie habe eine zusätzliche Ausbauphase in der Zeit der Finanzialisierung des Kapitalismus erreicht. Graebers Ansatz wird mit drei Fragen nachvollziehbar gemacht: Wie viel Bürokratie erleben Sie, wenn sie ein Konto bei einer Bank eröffnen? Wie viel, wenn Sie einen Kredit aufnehmen? Werden Finanzierungsvorgänge immer wichtiger in der Ökonomie?

Graeber spricht von einem permanenten Finanzialisierungsvorgang im neoliberalen Kapitalismus. Das bedeutet, dass ein stetig wachsender Teil der Unternehmensgewinne in Form von Rentenabschöpfung anfällt. „Da es sich dabei im Grunde um nicht viel mehr als legalisierte Erpressung handelt, wird dieser Prozess durch eine stetig wachsende Zahl von Regeln und Vorschriften begleitet sowie durch eine immer ausgeklügeltere und allgegenwärtige Androhung physischer Gewaltanwendung, um seine Durchsetzung sicherzustellen. Zudem werden Gewinnanteile

der Rentenabschöpfung wieder eingesetzt, um einzelne Gruppen der oberen Mittelschicht und der Facharbeiter zu begünstigen oder um neue Gruppen von Unternehmensbürokraten zu schaffen, die mit Papierkram und Verwaltungsarbeit befasst sind“ (S. 53) Graeber beklagt die ständige Zunahme offensichtlicher `Bullshit-Jobs (Graeber) wie „strategische Visionskoordinatoren, Human-Resources-Berater, Analysten für Rechtsabteilungen“ und dergleichen.
Die größten Kritiker der Bürokratie seien selbst die größten Förderer, sagt Graeber. „Das eherne Gesetz des Liberalismus besagt: Jede Marktform, jede Regierungsinitiative, die den Amtsschimmel bändigen und die Marktkräfte fördern will, resultiert in der Zunahme von Vorschriften, Verwaltungsarbeit und der vom Staat beschäftigen Bürokraten, weil Märkte sich nicht selbst regulieren (S. 14f.).
Bürokratie sei ohnedies ungerecht. Es gebe den Mythos, dass sie zu unpersönlichen und deswegen gerechten Ergebnissen komme. „Wie jeder weiß, der eine weiterführende Schule abgeschlossen hat, sind es gerade die Kinder aus besser verdienenden Schichten, die aufgrund der materiellen Mittel ihrer Familien am wenigsten auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Sie wissen am besten, wie man sich in der Welt des Papierkrams bewegt, um sich die entsprechend benötigte Unterstützung zu beschaffen.“ (S. 31)
Das Buch mäandert vorwärts. Es bringt die Leserin oder den Leser auf neue Ideen. Und es ist ein Anstoß für eine zeitgemäße Bürokratietheorie.

Bürokratietheorie

61 *Graeber, David:. **Bürokratie.** Die Utopie der Regeln. Stuttgart: KlettCotta, 2016. 329 S., 22,95 [D], 23,60 [A] ; ISBN 978-3-608-94752-6*

Total perfekt

Unsere Art zu arbeiten, zu handeln, zu leben scheint alternativlos. Jetzt machen wir auch noch den Menschen perfekt, dann muss man darüber auch nicht mehr reden. *Stefan Wally* hat vier Bücher gelesen, in denen das nicht so toll gefunden wird.

Der große Beschleuniger

Paul Virilio hat ein Hauptthema: Die Kritik der Geschwindigkeit. Diesem Thema bleibt er treu. In dem Heft „Der Große Beschleuniger“ bezieht er in drei Essays Stellung. Der Titel bezieht sich nicht zufällig auf den „Large Hadron Collider“ in Bern, den er als Symbol der zirkulären Ausweglosigkeit sieht. Virilio sieht eine Entwicklung, die er als Beschleunigung der gemeinsamen Realität bezeichnet. Das alte Kalendarium der Agrargesellschaften mit der selbstverständlichen und auch verlässlichen Abfolge der Jahreszeiten wurde vom Rhythmus der Industrie abgelöst. Rituale und Religion spielen keine Rolle mehr, Feiertage werden rückgebaut. Der Rhythmus der Maschinen, gekoppelt mit den Anforderungen durch die Ökonomie bestimmen das Leben. Die Informationstechnologien heben zudem die Geschwindigkeit, sorgen für Verfügbarkeit rund um die Uhr. Virilio erzählt ein frappierendes Beispiel: Von 270 Nonnenklöstern in Frankreich wehren sich nur mehr 25 gegen einen Internetanschluss.
Neue, schnellere Rhythmen, die Auflösung gemeinsamen Zeitempfindens, das Unterwerfen unseres Lebensablaufs unter die Anforderungen der Maschinen werden aber auch noch verschärft durch ein Ausleuchten der Rückzugsbereiche. „Warum treiben wir diese verhängnisvolle Überbelichtung des Privatlebens, die sich heute ausdehnen, soweit das Auge reicht, nicht noch weiter? Nach den unbeweglichen Kameras in den Kreuzungen, die für die Verkehrssicherheit sorgen sollen, oder jenen im Eingangsbereich der Wohnhäuser, läutet das Couch-Surfing schon das letzte Stadium der Entblößung ein, wenn dann der Inspektor von Google Home mit tragbaren Kameras bewaffnet zu uns nach Hause kommt, damit alle die komfortable Einrichtung bestaunen können, die die Low-Cost-Touristen dann dank der Gastfreundschaft der sozialen Netzwerke des Internet nutzen!“ (S. 51)
Der suizidale Zustand, der früher ein psychologischer war, kann also jetzt zu einem soziologischen werden, wenn der Modus der Zeiteinteilung und des Rhythmus dermaßen durcheinander gerät, dass er in größeren Gemeinschatten ständige Unruhe und Angstzustände auslöst, was in Telekommunikationsfirmenschon registriert wurde (vgl.S. 57).

Geschwindigkeit: Kritik

62 *Virilio, Paul: **Der große Beschleuniger.** Wien: Passagen, 2015. 83 S., € [D], [A] ISBN 9-783609-201855*

Der neue Mensch

Das Philosophicum Lech widmete sich zuletzt dem Thema „Neue Menschen! Bilden, optimieren, perfektioneren“. Der Sammelband, herausgegeben von *Konrad Paul Liessmann*, trägt 12 wichtige Texte zum Thema zusammen. „Welche Regeln braucht Human Enhancement? Wo sind Chancen zu sehen, wo Gefahren?“ fragt *Bernward Gesang*. „Kann man Menschen überhaupt mit Zahlen vermessen?“ bohrt *Tho-*

mas Damberger nach.

Liessmann selbst skizziert die Geschichte der Suche nach dem „neuen Menschen“. Am Ende dieser Optimierungsphantasien stehe die Ablösung des Menschen durch von ihm geschaffene perfekte Entitäten, von denen nicht gesagt werden kann, ob sie als Vollendung oder Überwindung des Projektes „Mensch“ gesehen werden sollen. Liessmann sieht das skeptisch: „Selbstbewußtsein und Denken sind vom Fehler, vom Irrtum, nicht zu trennen. Diese schmerzliche Erfahrung wird auch den imaginierten Superintelligenzen nicht erspart bleiben.“ (S. 24).

Philosophie

63 *Liessmann, Konrad Paul:* ***Neue Menschen!*** *Bilden, optimieren, perfektionieren. Philosophicum Lech. Wien: Zsolnay, 2016. 277 S., € 19,90 [D], 20,50 [A] ; ISBN 978-3-552-05772-2*

Notwendigkeit von Irrtümern

Wie bei etlichen Autorinnen und Autoren der Gegenwart greift auch *John Roberts* die Totalität der gesellschaftlichen Realität, ihre vermeintliche Unveränderbarkeit, ihr zwanghaftes Fortschreiten an. In seinem Buch „Die Notwendigkeit der Irrtümer“ hebt er die Negation des Erwarteten, als Quelle des Lebens und Verbündeten der Dissidenz auf sein Schild.

Roberts geht von der Erkenntnis aus, dass die sofortige und durchsichtige Wahrheit oder unmittelbare und dauerhafte Lösungen (von Problemen) Denken und Praxis auf eine endlose Selbstbestätigung und somit die Zeitlichkeit des menschlichen Daseins auf eine Abfolge toter und unverbundener Augenblicke reduzieren würde. Der Irrtum verhindert dies. Aber mit Hegels Dialektik weist Roberts dem Irrtum eine noch wichtigere Rolle zu. Irrtum und „Anderssein“ seien, wenn sie einmal aufgehoben sind, weiterhin die notwendige Dynamik der Wahrheit. „Der Irrtum findet sich nicht nur dort, wo die Wahrheit fehlt, sondern wo sie aufgefüllt und hergestellt wird.“ (S. 359) „Den Irrtum zu verorten und zu definieren, ihn zu riskieren, zu integrieren, mit ihm zu leben ist derweil die Methode, mit der Philosophie, Wissenschaftstheorie, Psychoanalyse und revolutionäre politische Praxis die Negation der positivistischen Wissenschaft als der Sprache der falschen Totalität zustande bringen.“ Damit meint Roberts, dass der Irrtum für die Weiterführung des Status quo ein Problem ist. Wenn er auftritt, wird die prinzipielle Offenheit der Entwicklung deutlich. Etwas, das für viele nicht mehr denkbar scheint.

Philosophie

Roberts, John: ***Die Notwendigkeit von Irrtümern.*** *Hamburg: Laika, 2015. 381 S., € 26,- [D], 26,80 [A] ISBN 978-3-944233-49-9*

Verkehrte Wahrheit

Carolin Amlinger legt hier eine Ideengeschichte des Verhältnisses von Ideologie und Wahrheit vor. Dabei entdeckt sie eine Entwicklung der Theorie, die sich auch in anderen Debatten wieder findet. Aber der Reihe nach. Amlinger beginnt bei Karl Marx, der zuerst Ideologie immer als falsches Bewusstsein verstand, das aus dem historischen Lebensprozess hervorging. Die Wahrheit hingegen sei ein „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“, das gegen die Ideologie gestellt werden müsse. Wahrheit ist, so verstanden, die Rückführung des aus der Realität hypostasierten Denkens auf das historische Gesamte.

Marx selbst revidierte dies. Denn auch die Wahrnehmung des Ganzen geht daneben. In den Fetischanalysen des Kapitals übertrug er demnach die ideologische Verkehrung des Bewusstseins auf die gesamte Struktur der Wirklichkeit. Marx macht dies am Warenfetisch fest, indem er argumentiert, dass der Wert der Ware ihre Natureigenschaft selbst ist. Jetzt wird Wahrheit bei Marx die Konfrontation der Erscheinungsform der Warenwelt mit ihren gesellschaftlichen Grundlagen.

Amlinger setzt mit Theodor Adorno, Horkheimer und Georg Lukács fort. Für diese Autoren sei in Anlehnung an Marxsche Analysen zum Warenfetischismus das gesellschaftliche Ganze zu einer verdinglichten Identität des Allgemeinen geworden. Das Totale sei nicht mehr aus sich heraus in Frage zu stellen, das Besondere, Andere müsse dazu in Widerspruch gebracht werden. Erst im Herstellen des Inkommensurablen konstituiere sich Wahrheit.

Louis Althusser sieht die Wissenschaft als Akteur, der durch theoretische Praxis das geschlossene System der Ideologie aufbrechen könne. Ideologie sei nach Althusser ein imaginäres Verhältnis der Subjekte zu ihren realen Existenzbedingungen. Sie werde gestiftet in der materiellen Praxis der Subjekte, die durch ideologische Staatsapparate präformiert werde.

Schließlich denkt Amlinger mit Zizek weiter. Zizek meint, dass die Subjekte zwar um den fetischistischen Schein der Verhältnisse wissen, aber dennoch so handeln, als ob sie an ihn glaubten. Ideologie ist somit kein Wissen oder Nicht-Wissen über die Wirklichkeit, sondern ähnlich wie bei Althusser ein Glaube, der sich in der Praxis verwirkliche. Für Zizek geht es also darum, den Glauben an die kapitalistische Ordnung zu überwinden.

Amlinger kommt zu der interessanten Beobachtung: „Der Kapitalismus sichert sein Fortbestehen einerseits, indem die ideologische Herrschaftssicherung extensiv ausgeweitert wird. Sie wird vom Bewusstsein (Marx/Engels) auf die Wirklichkeit (Lukács, Adorno/Horkheimer) und von der Wirklichkeit auf die Tiefenstruktur des Subjekts (Althusser, Zizek) erweitert. Folgt man der Argu-

mentation der Autorin, werden also quantitativ immer mehr Bereiche dem ideologischen Kapitalverhältnis untergeordnet und ´formell subsumiert´. Damit geht andererseits auch eine qualitative Veränderung ideologischer Unterordnung einher: Sie wird in der Ausweitung auch intensiver. War das Ideologische zunächst eine falsche Repräsentation, ein verdrehtes Abbild des Bewusstseins (Marx/Engels), verändert es sich im Verlauf der Argumentation zu einem komplexen Mechanismus der Herrschaftssicherung, der nicht nur die Praxis der Subjekte integriert (Althusser), sondern auch deren Glauben (Zizek) real subsumiert. (S. 167) **Ideologiekritik**

65 *Amlinger, Carolin:* ***Die verkehrte Wahrheit.***
Hamburg: LAIKA, 2014. 191 S., € 19,90 [D], 20,50 [A]
ISBN 978-3-942281-63-8

Die vierte Gewalt

Bürgerräte beleben die Demokratie

Abnehmende Wahlbeteiligung, ein signifikanter Anstieg an Wutbürgern und Aufmärsche rechtsradikaler Gruppierungen gelten als markante Signale der gegenwärtigen Krise der Demokratie. Doch sie spiegeln nur die eine Seite der Medaille. Denn zugleich fordern immer mehr Bürger und Bürgerinnen politische Mitspracherechte und Gestaltungsmacht ein. Bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren konnten Bürgerbewegungen durchaus Teilerfolge etwa gegen geplante Atomkraftwerke erzielen. Man könnte fast sagen, dass der außerparlamentarische Souverän heute die lange als sogenannte „vierte Gewalt“ im Staat bezeichnete Presse als Korrektiv und als jene Macht, die den Mächtigen auf die Finger schaut, abgelöst hat.
Claus Leggewie – er hat gemeinsam mit Harald Welzer das bemerkenswerte Buch „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten: Klima, Zukunft und Chancen der Demokratie“ (2009) geschrieben – und *Patrizia Nanz*, Politikwissenschaftlerin und ausgewiesene Expertin für Bürgerbeteiligung und demokratische Innovationen, fordern nun eine neue Partizipationskultur in Form einer Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung. Die Konsultative, die „Weisheit der Vielen“, soll als „vierte Gewalt“ etabliert werden. Eine breite und tiefgehende Konsultation der Bürgerschaft soll den Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren vorangestellt und nachgeordnet werden, fordern sie. (vgl. S. 9). Beide erwarten dadurch positive Effekte auf den oft überfordert wirkenden Politikbetrieb und somit eine Stärkung der Parlamente. Die „vierte Gewalt“ sollte den staatlichen Bürokratien insbesonders zeigen, dass ihre sozialen, ökonomischen und kulturellen Projekte nur mit den informierten BürgerInnen gelingen können.
Das Buch beginnt mit Analysen zur Krise der Demokratie und zum Vormarsch der Populisten. Nanz und Leggewie versuchen konstruktiv „die antipolitischen Leidenschaften, die man im Populismus am Werk sehen kann, zu zivilisieren und die Demokratie in ihrem Kern, beim sprechfähigen und zukunftsorientierten Souverän, zu repolitisieren“ (S. 26). In der Folge werden die vielfältigen Einrichtungen und Verfahren partizipativer Demokratie erörtert.
Im Hauptteil des Buches wird der Kern des Vorschlags, die Institutionalisierung von Zukunftsräten, detailliert besprochen. Der Zukunftsrat soll sich dauerhaft mit langfristigen Problemen und Projekten befassen und als Gegengewicht zum herrschenden „Präsentismus“ der herkömmlichen Politik agieren, (vgl. 59), die vorrangig die nächste Wahl bzw. die letzte Umfrage im Blick hat. Zukunftsräte sollten sich hingegen mit der über Jahrzehnte dauernden Transformation einer Gemeinde oder einer Region befassen. Mit dem vorgeschlagenen Netzwerk von Zukunftsräten würde, so die Autoren, keineswegs eine Aushöhlung der demokratischen Gewaltenteilung und der repräsentativen Demokratie, „sondern ihre empathische und zeitgemäße Unterstützung durch dezentralen Bürgerverstand“ (S. 67), angestrebt. Die Konsultative zwingt niemanden, aber ihre Berücksichtigung durch Legislative und Exekutive ist zwingend, so Nanz und Leggewie.
Am Beispiel des Klimawandels wird dies näher ausgeführt. Dabei zeigt sich, dass die zur Bekämpfung des Klimawandels dringend benötigte nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ohne die Mitwirkung vieler nicht denkbar ist. Diese „Große Transformation“ verlangt neben dem Blick auf die transnationale Weltgesellschaft auch die Fürsorge für künftige Generationen (vgl. S. 51), die ebenfalls von den Zukunftsräten vertreten würden. Bemerkenswert sind neben den vielen konkreten Vorschlägen zur Einsetzung von Zukunftsräten (Größe, Finanzierung, Funktionsweise) und Anregungen für wirkungsvolle Beteiligungsprozesse auch zahlreiche Beispiele aus Deutschland (Städte Heidelberg, Bonn, Leipzig) und Österreich (Bregenz). Nicht ganz vergessen werden schließlich die europäische Dimension und Hinweise auf Strategien „für Demokratie, Dialog und Diskussion“ auf Europaebene. „Die demokratische Legitimität der EU und wahrscheinlich sogar ihr Fortbestande hängen von einer gelungenen Einbindung der Bürgerschaft ab“ (S. 87), so die Autoren. *Alfred Auer*

„Partizipative Prozesse werden oftmals lediglich mit dem Ziel initiiert, den Widerstand der Bürgerschaft gegen den Bau eines Flughafens, einer Umgehungsstraße oder Müllverbrennungsanlage zu befrieden - ohne dass es einen echten Handlungsspielraum gäbe, weil wesentliche Entscheidungen bereits getroffen wurden oder die Ergebnisse der Beteiligung unberücksichtigt bleiben (Scheindialoge).“ (Nanz /Leggewie in , S. 39)

Ein konzentrierter Blick voraus

Vier in jeder Hinsicht gewichtige Publikationen, für die Reinhold Popp maßgeblich verantwortlich zeichnet, hat sich abschließend *Walter Spielmann* angesehen.

Einblicke, Ausblicke, Weitblicke

Zukunftsforschung ist [„naturgemäß“ hätte Thomas Bernhard hinzugefügt] grenzüberschreitend, sowohl was ihre Themen als auch was ihre Darstellungsformen betrifft. Diesem Prinzip folgend, versammelt der einleitend vorgestellte Band in 22 Beiträgen wesentliche Informationen zum aktuellen Stand der Zukunftsforschung (ZF) in Deutschland. Der erste Abschnitt “Einblicke” thematisiert Grundsätzliches, etwa unterschiedliche Zukunftsorientierungen in kultureller oder sozialer Perspektive, legt in Form einer Momentaufnahme dar, was Zukunftsforschung heute meint und wer sie anbietet, und wirft einen Blick auf ausgewählte Institutionen (besonders empfohlen sei das im Aufbau begriffene „Haus der Zukunft“ in Berlin).

“Zukunftsbilder werden nicht nur von der Wissenschaft, sondern auch im Alltag produziert. Durch mentales Zeitreisen können wir die Erfahrungen von vorgestern für die Problemlösungen von übermorgen nutzen.” (Reinhold Popp in 66, S. 155)

In den anschließenden Ausblicken werden Zusammenhänge zwischen Zukunftsplanung, -forschung und -wissenschaft vermittelt (*R. Popp*), oder Potenziale der ZF als Bereicherung für die Politikwissenschaft ausgelotet (vgl. S. 190ff.). Ein Votum für die Wertschätzung „erzählter Zukünfte“ oder für mehr Pragmatismus in der ZF runden diesen Teil ab. Der dritte und letzte Abschnitt, Weitblicke betitelt, skizziert in sieben Beiträgen Herausforderungen und essenzielle Aufgabenbereiche für die ZF. Dazu zählen Standards wie etwa die Technikfolgenabschätzung (*A. Grunwald*), Nachhaltigkeit als Instrument „zukunftsfähiger Zivilisierung“ (*E. Göll*), Methodenmix als Grundlage strategischer Zukunftsorientierung, Interdisziplinarität (*H. Dietz*) oder, einmal mehr kompetent erörtert von *Karlheinz Steinmüller*, Science Fiction und ZF als ungleiche Geschwister der Antizipation. *Julia Werner* erörtert Potenziale des „Design Thinking“, und schließlich bringt *Stefan Willer* mit „Zukunftswissen, Zukunftsrede, Zukunftsmusik“ ZF als Kulturwissenschaft ins Spiel. Ein thematisch gehaltvoller und v. a. auch ästhetisch höchst ansprechender Band, der, wie ich meine, zu den wichtigsten Fachpublikationen der jüngsten Zeit zu zählen ist.

Zukunftswissenschaft & Zukunftsforschung

Reinhold Popp – einer den prominentesten Experten generalistischer Vorausschau – er lehrt u. a. am „Institut Futur“ der Freien Universität Berlin „Zukunftswissenschaft(en)“ [ZW], – bietet mit diesem Band einen aktuellen und allgemein verständlichen Überblick zu seiner und unserer Disziplin. Geboten wird einleitend ein Abriss über Meilensteine der ZF (die Jahre 1797 - 2014 umspannend), erläutert werden die Kriterien von ZW bzw. ZF, verwiesen wird auf die wichtigsten Forschungszentren und Publikationen, und deutlich wird – m. E. besonders wichtig – die Abgrenzung gegenüber der Trendforschung. Aber auch grundsätzliche methodische Fragen, z. B. zur Differenz zwischen disziplinärer Forschung zu Zukunftsfragen und interdisziplinärer ZF, werden beleuchtet. Die Erörterung wissenschaftstheoretischer Aspekte – hier spannt Popp den Bogen von frühgeschichtlichen Mythen bis zum Konstruktivismus-Diskurs –, eine Darstellung des forschungs-methodischen Selbstverständnisses von ZF und ZW, eine Skizze zu „methodischen Designs“ in der ZF sowie abschließend die Darstellung von drei Ausprägungsformen der ZW runden diese gehaltvolle – und natürlich mit einem Schuss Understatement als „Skizze“ bezeichnete Darstellung ab. Der Band lässt freilich auch Fragen offen, etwa die nach der vermittelnden Rolle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, der sich die JBZ vorrangig verpflichtet sieht. Dennoch: diese Publikation bietet einen gehaltvollen Überblick und ist nachdrücklich zu empfehlen!

Die beiden nachgereihten Bände versammeln, gleichermaßen detailliert wie umfassend, Einschätzungen der Deutschen und ÖsterreicherInnen zu zentralen Zukunftsthemen: Erwartungen zu Bildung und Erziehung, zu Beruf und Wirtschaft, Konsum und Lebensstandard oder zur Rolle von Politik und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt werden u. a. beleuchtet. Beide Bände legen gewissermaßen das kollektive Befinden bloß und laden dazu ein, daraus mehr oder minder begründbare Schlüsse zu ziehen. Für soziologisch Interessierte gewissermaßen unverzichtbar.

Zukunftsforschung

66 ***Einblicke, Ausblicke, Weitblicke.*** *Aktuelle Perspektiven in der Zukunftsforschung. Hrsg. v. Reinhold Popp … Wien: LIT-Verl., 2016. 393 S., 29,90 [D], 30,80 [A] ; ISBN 978-3-643-90663-2*

Popp, Reinhold: ***Zukunftswissenschaft & Zukunftsforschung.*** *Grundlagen und Grundfragen. Eine Skizze. Wien: LIT-Verl., 2016. 177 S., € 34,90 [D], 35,90 [A] ; ISBN 978-3-643-50720-4*

Popp, Reinhold; Reinhardt, Ulrich: ***Zukunft!*** *Deutschland im Wandel – Der Mensch im Mittelpunkt. Wien: LIT-Verl., 2015. 429 S., € 24,90 [D], 25,65 [A] ISBN 978-3-643-90688-5*

Popp, Reinhold: ***Österreich 2033.*** *Zukunft – Made in Austria. Wien: LIT-Verl., 2015. 410 S., € 29,90 [D], 30,80 [A] ; ISBN 978-3-643-50655-9*

MAGAZIN

PERSONALIA

Neuer Chef des IASS

Ortwin Renn, Techniksoziologe und Risikoforscher der Uni Stuttgart, wird neuer Chef des "Potsdamer Institute for Advanced Sustainibility Studies" (IASS). Als Alleinstellungsmerkmal des Instituts sieht er Forschen und das Erfahrungswissen der Zivilgesellschaft zu verbinden. Er will künftig eine Matrix etablieren, ein Netzwerkmodell, in dem die unterschiedlichen Disziplinen und Forschungstraditionen, aber auch bislang getrennte Themenbereiche enger zusammenarbeiten. Ein Thema wie "Energiewende", so Renn, kann dann ganzheitlich im Kontext von Emissionen, Luftverschmutzung und Klimawandel bearbeitet werden.

Theaterautor Werner Mittelstaedt

Werner Mittelstaedt, bekannt als Autor von soziologischen und philosophischen Büchern (*www.werner-mittelstaedt.com/meine-buecher.html*) hat ein Theaterstück "Tipping Point - Kipp-Punkt" geschrieben. Es behandelt das hochaktuelle Thema Klimawandel auf unterhaltsame, teils sarkastische, teils humorvolle, aber überwiegend auf kontroverse und ernste Weise. Personen, die das rund 80 Minuten lange Stück gesehen haben, sollen dadurch auch zum Weiterlesen animiert werden. Wissenschaftlich beraten wurde Mittelstaedt vom bekannten Mitglied des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) Hartmut Graßl.
www.werner-mittelstaedt.com

AUSGEZEICHNET

GreenTec Award 2016

Das Schweizer Unternehmen ECOCELL hat für die neue Technologie, die Altpapier als Baumaterial einsetzt, den diesjährigen GreenTec Award erhalten. Dabei dienten Bienenwaben als Vorbild für die Konstruktion der Bauteile. Die Bauelemente bestehen im Inneren aus einer Wabenstruktur aus Altpapier. Ein hauchdünn aufgetragener Film aus einer mineralischen Beschichtung auf Zementbasis sorgt für eine hohe Belastungsfähigkeit der Konstruktion. Sie hält Lasten von mehr als 200 Tonnen pro Quadratmeter aus.
http://www.wiwo.de

AUSSCHREIBUNGEN

Zukunftspreis für Masterarbeiten

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich der Zukunftsforschung prämiert das Netzwerk Zukunftsforschung einmal im Jahr herausragende Masterarbeiten. Der Termin für die diesjährige Einreichung ist der 15. Juni 2016.
www.netzwerk-zukunftsforschung.eu

ZUKUNFT BUNT

Rettung des Titikakasees

Die Regierungen von Bolivien und Peru unterschrieben Anfang des Jahres einen bilateralen Zehnjahresvertrag zur Zusammenarbeit, um den Titikakasee mittels einer Investition von mehr als 400 Mio $ zu sanieren und zu schützen. In einem ersten Schritt sollen die Investitionen für die Pflanzen-Abwasser-Behandlung eingesetzt werden.
www.gute-nachrichten.com.de/

„Grün ist grün"

50.000 Dollar Preisgeld lobt das US-Industriekonglomerat General Electric (GE) für den innovativsten „umweltbewussten Unternehmer" aus - vorausgesetzt, seine Idee ist profitabel. Wohlgemerkt, GE ist keine Ökologiebewegung, sondern ein Milliardenkonzern, der neben Haushaltsgeräten und Elektroanlagen auch Atomkraftwerksteile und Kampfjets herstellt sowie Vergnügungsparks und das TV-Network NBC betreibt. *www.spiegel. de/wirtschaft/*

Kunststoff aus CO_2

Der Autobauer Ford will Schaum aus Kohlendioxid verbauen und künftig erdölbasierte Kunststoffe durch Naturmaterialien ersetzen. In spätestens fünf Jahren will das US-Unternehmen eine Technologie zur Herstellung von Bauteilen für seine Fahrzeuge nutzen und damit rund 270.000 Tonnen Erdöl einsparen.
www.wiwo.de/technologie/green/tech/

Im Wandel

"Im Wandel" lautet das Motto des heurigen Jahrbuchs Bildung für nachhaltige Entwicklung, das nunmehr zum vierten Mal vom Forum Umweltbildung in Wien herausgegeben wurde. Schwerpunkte liegen bei den Themen informelles Lernen, Obsoleszenz, Medienkompetenz, Leben auf dem Land und Integration. Auch diesmal konnte die JBZ wieder einige Buchtipps beisteuern. Mehr: *www.umweltbildung.at*

TERMINE

03. bis 08. Juli 2016, Stadtschlaining (A)
33. Sommerakademie Friedensburg, Stadtschlaining: "Religion und Konflikt". Anmeldung: *sommerakademie@aspr.ac.at*

06. bis 08. Juli, Bonn (D)
Resilient Cities 2016. 7th Annual Global Forum on Urban Resilience & Adaptation organisiert von ICLEI (Local Governments for Sustainability). Infos: *resilient.cities@iclei.org*

11. bis 12. Juli 2016, Lüneburg (D)
"Mit uns die Zukunft: Nachhaltige Transformationen brauchen andere Geschlechterverhältnisse". Abschlusskonferenz des Verbundvorhaben "Vorsorgendes Wirtschaften: Transformationen in Ökonomie und Politik". Infos: *moths@leuphana.de*

09. bis 14. August 2016, Montreal (CDN)
World Social Forum 2016
Infos: *www.fsm2016.org*

17. August bis 03. September 2016, Alpbach (A)
Europäisches Forum Alpbach: "Neue Aufklärung". Congress Centrum Alpbach. Infos: *www.alpbach.org/ de/forum/2016/*

22. bis 25. August,, Seggau (A)
Sommerakademie des Forum Umweltbildung: Her mit der Vielfalt! Diversität in Natur und Gesellschaft. Schloss Seggau (Steiermark). *www.umweltbildung.at*

26. Januar bis 03. Februar 2017, Wien (A)
64. Wintertagung des Ökosozialen Forums. *www.oessfo.at*

Autoren- und Schlagwortregister

zu Rezensions-Nummern

Autoren

Amlinger, Carolin 65
Anderson, Perry 42
Avanessian, Armen (Hrsg.) 52
Brunkhorst, Hauke 44
Chilas, Nikos 56
Chondros, Giorgos 55
Crusius, Reinhard 46
Felber, Christian 59
Flassbeck, Heiner 54
Graeber, David 61
Hetzer, Wolfgang 49
Kielmansegg, Peter Graf 39
Lanchester, John 51
Lapavitas, Costas 54
Leggewie, Claus 37
Liessmann, Konrad Paul 63
Luyendijk, Joris 50
Mankell, Henning 38
Mekiffer, Stefan 58
Münkler, Herfried 40
Nanz, Patrizia 37
Niessen, Frank 57
Pelinka, Anton 43
Popp, Reinhold (Hrsg.) 66
Popp, Reinhold 67, 68, 69
Reinhardt, Ulrich 68
Roberts, John 64
Roithner, Thomas 41
Shaxson, Nicholas 47
Stützle, Ingo 45
Virilio, Paul 62
Wolf, Winfried 56
Wolff, Ernst 53
Zizek, Slavoy 60
Zucman, Gabriel 48

Schlagworte

Bürgerbeteiligung 37
Bürokratietheorie 61
Europa 39, 40, 41, 42, 44, 45
- : Extremismus 43
- : Finanzkrise 46
Finanzmarkt 47, 48, 49, 50, 51, 52
Geldreform 58
Gemeinwohlökonomie 59
Geschwindigkeit: Kritik 62
Griechenland: Finanzpolitik 54, 55, 56
Ideologiekritik 65
IWF 53
Kassenkampf: neuer 60
Philosophie 63, 64
Schulden 58
Wirtschaftswissenschaften: andere 57
Zukunftsforschung 66, 67, 68, 69